Nummer 33. Hannover, 19. August 1911. 20. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Gegenseitige Hilfe.

I.

Die „bürgerliche" Wissenschaft ist unablässig und mit heißem Bemühen bestrebt, den hervorragenden einzelnen „Helden" alle Verdienste um die Kulturentwicklung zuzuerkennen und die Massen nur als Material, als Objekt zu werten. Auf dem Gebiete der Politik sollen es bedeutende Staatsmänner und Monarchen, auf dem Gebiete der Technik und der Wissenschaft die Industriekönige sein, die durch den überragenden, übermenschlichen, kräftigen Impuls ihrer erleuchteten Ideen allein die Welt voranbringen, während die Masse der Unbedeutenden mehr als Ballast herumkraucht. In der Volksschule, in der bürgerlichen Presse und auf andern Gebieten wird diese für die Herrschenden bequeme und zweckdienliche „Wissenschaft" vorgetragen. Die Masse des Volks soll sich ja recht unnütz oder doch recht wenig nütze vorkommen und in seiner Zerknirschheit den Potentaten, den „Brotgebern" nur die Hand dafür lecken, daß die erleuchteten „Helden" das arme Volk aus Gnade mitschleppen. Nach dieser famosen Theorie müßten die arbeitenden Massen elend verhungern, wenn nicht die hervorragenden „Helden" wären.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich in ihren Arbeitskämpfen mit dem kapitalistischen Unternehmertum auch an allen Ecken und Enden gegen diese „bürgerliche" Wissenschaft zu wenden. Man denke nur an das Berliner Scharfmacherblatt, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", die sich an Geringschätzung der „Masse" nie genug tun kann. Als die Kulturmenschheit vor einiger Zeit den Gedenktag Ch. Darwins, des großen Naturforschers, feierte, suchte auch da die Unternehmerpresse einen „rücksichtslosen Kampf der Starken gegen die Schwachen" als im Interesse der Kulturentwicklung liegend hinzustellen. Man suchte die Lehren Darwins für das brutale Scharfmachertum auszunutzen. Allerdings sehr zu Unrecht. An der einseitigen und falschen Auslegung der Lehren Darwins durch eine Anzahl seiner Schüler — wir nennen nur den sonst verdienstvollen deutschen Professor Häckel — ist Darwin selbst unschuldig. Wenn Darwin das Wort vom „Kampf ums Dasein" als knappe Formel prägte, hat er damit durchaus nicht einen fortwährenden aktiven Kampf aller gegen alle betont. Ganz abgesehen noch davon, daß es abgeschmackt wäre, die Gesetze, die in der Tierwelt herrschen, mechanisch auf die doch mit Bewußtsein und mit Willen ihr Geschick regelnden Menschen zu übertragen.

Gegen die erwähnte falsche Auslegung der Lehren Darwins wendet sich ein sehr interessantes Buch des bekannten russischen Freiheitskämpfers und Naturforschers Fürst Peter Kropotkin: „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt", das auch dem organisierten Arbeiter vielen Gewinn bringen kann. Das Buch Kropotkins ist geradezu als ein hohes Lied der Solidarität zu bezeichnen; in sehr warmer Sprache wendet es sich gegen die Ueberschätzung der einzelnen „Helden" und es bringt ein reiches Material für den Nachweis bei, daß es in erster Linie die gegenseitige Hilfeleistung, die Solidarität der vielen an und für sich Unbedeutenden, die solidarische Gemeinschaftsarbeit der Massen ist, die die Kulturentwicklung begünstigt, während das Absperren der einzelnen rückläufig wirkt. Konnte sich doch die Menschheit überhaupt nur dadurch über das Tierreich erheben, weil sie in der Gemeinschaft, als Gesellschaftswesen, Sprache und Vernunft besonders entwickeln konnte.

Kropotkin schöpft aus einem reichen Tatsachenmaterial die Ueberzeugung, daß gegenseitige Hilfe und gegenseitige Unterstützung ein Faktor von größter Wichtigkeit für die Erhaltung des Lebens und für die Fortentwicklung der Arten ist, und er zitiert Huxley, der in einer Schrift über den „Kampf ums Dasein und seine Bedeutung für den Menschen" geschrieben habe, daß „vom Gesichtspunkt des Moralisten die Tierwelt ungefähr auf demselben Niveau ist wie der Gladiatorenkampf. Die Kämpfer werden gut genährt und zum Kampf losgelassen, wobei der stärkste, behendeste und geriebenste leben bleibt, um noch am nächsten Tage zu kämpfen Der Zuschauer braucht seinen Daumen nicht zu senken, denn kein Pardon wird gegeben".

Kropotkin erklärt demgegenüber, daß Huxleys Auffassung der Natur ebensowenig Anspruch darauf habe, als eine wissenschaftliche Beweisführung angesehen zu werden, wie die entgegengesetzte Anschauung Rousseaus, der in der Natur nur Liebe, Friede und Harmonie erblickt habe, in die der Mensch erst Zerstörung hineintrug. Die Natur sei ebensowenig „nichts als ein Schlachtfeld", wie „nichts als Harmonie und Friede". „Rousseau hatte den Irrtum begangen, den Schnabel- und Krallenkampf außer acht zu lassen, und Huxley beging den entgegengesetzten Irrtum." „Geselligkeit ist ebenso ein Naturgesetz wie gegenseitiger Kampf." Ueber die Wichtigkeit der beiden Faktoren sagt der Naturforscher: „Wenn wir uns an einen indirekten Beweis halten und die Natur fragen: „Wer sind die Passendsten: sie, die fortwährend miteinander Krieg führen oder sie, die einander unterstützen", so sehen wir sofort, daß diejenigen Tiere, die Gewohnheiten gegenseitiger Hilfe annehmen, zweifellos die Passendsten sind Es bestehen für sie die meisten Möglichkeiten zu überleben, und sie erlangen in den betreffenden Klassen die höchste Entwicklung der Intelligenz und körperlichen Organisation. Wenn wir die zahllosen Tatsachen, womit diese Ansicht gestützt werden könnte, in Betracht ziehen, so können wir ruhig sagen, daß gegenseitige Hilfe ebenso ein Gesetz in der Tierwelt ist, wie gegenseitiger Kampf jene aber als Entwicklungsfaktor höchstwahrscheinlich eine weit größere Bedeutung hat, insofern sie die Entfaltung solcher Gewohnheiten und Eigentümlichkeiten begünstigt, die die Erhaltung und Weiterentwicklung der Arten, zusammen mit dem größten Wohlstand und Lebensgenuß für den einzelnen, beim geringsten Kraftaufwand, sichern."

Das Buch Kropotkins gibt dann noch viele Belege für die These, daß „nicht mehr Krieg geführt wird, als unumgänglich notwendig ist". Unzählige Beispiele werden von den Tieren, so von den Vögeln und den Säugetieren, für die gegenseitige Hilfeleistung angeführt. „Streitet nicht!" — so schließt dieses Kapitel, „Streit und Konkurrenz sind der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden!" Das ist die Tendenz der Natur, die nicht immer völlig verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. Das ist die Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem Ozean zu uns kommt. „Daher vereinigt euch — übt gegenseitige Hilfe! Das ist das sicherste Mittel, um all und jedem die größte Sicherheit, die beste Garantie der Existenz und des Fortschritts zu geben, körperlich, geistig und moralisch." Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchste Stufe in ihren Klassen erreicht haben, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch — der primitivste Mensch — getan hat, und darum hat der Mensch die Stufe erreicht, auf der wir jetzt stehen, wie wir in den folgenden Kapiteln sehen werden, die der gegenseitigen Hilfe in menschlichen Gesellschaften gewidmet sind."

Im größeren Teil des Buches wird dann weiter die ganze Menschheitsgeschichte nach weiteren Beispielen für die große Bedeutung der gegenseitigen Hilfeleistung untersucht. Darüber einiges in einem zweiten Artikel.

Das Koalitionsrecht der Angestellten.

In Nr. 32 des „Proletariers" wurde in dem Artikel über „Die Neutralität der Angestellten während eines Streiks" auch ein Artikel der „Industriebeamten-Zeitung" angezogen als Beweis dafür, daß sich auch in diesen Kreisen die Ansicht durchringt, daß es ein grober Verstoß gegen die Solidarität, die auch in den Angestelltenvereinen immer gepredigt wird, ist, wenn die Angestellten bei einem Streik der Arbeiter sich zu Streikbrecherdiensten hergeben. Diese in jedem Betracht richtige und gesunde Auffassung vom Wesen des Streikbruchs und von der Stellung der Angestellten im Betriebe paßt natürlich den Unternehmern gar nicht in den Kram. Seither waren sie es gewohnt, über die „Stehkragenproletarier" nach Belieben zu verfügen, ja, es ist noch heute die Regel, daß die weißberänderten Kontorarbeiter den streikenden Arbeitern brutaler und gehässiger gegenübertreten als selbst der Unternehmer. Die Liebedienerei ist ja immer wahllos in ihren Mitteln, weil sie Charakterlosigkeit zur Voraussetzung hat. Nun zeigen sich mit einem Male letzerische Anläufe. Die bisher so Geduldigen besinnen sich auf ihre Menschenwürde, lernen erkennen, daß ihr eigenes Interesse nicht mit, sondern gegen den Unternehmer durchzusetzen ist und daß die Arbeiter nicht ihre Gegner, sondern ihre Klassengenossen sind. Diese Erkenntnis wachsen sehen und sie bekämpfen, ist für die Unternehmer eins. Selbstverständlich wird der Kampf in denselben Formen und mit denselben Mitteln geführt, wie der Kampf gegen die Arbeiter. Das Koalitionsverbot, die Drohung, den Beitritt zu einer Organisation mit Entlassung zu bestrafen, wird den Organisationen der Beamten und Angestellten gegenüber mit gleicher Rücksichtslosigkeit gehandhabt wie gegenüber den Arbeitern. Ein besonders charakteristisches Dokument, in dem die Angestellten nicht nur von jeder Organisation ferngehalten, sondern gleichzeitig im voraus auf den Streikbruch verpflichtet werden, veröffentlichte kürzlich die „Werkmeister-Zeitung". Das Dokument lautet:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder in den letzten zwei Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehört habe oder angehöre, welche bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irgendwelcher Art gewährt.

Ich verpflichte mich unter Bezugnahme auf diese Erklärung für den Fall, daß mich meine Arbeitgeberin infolge einer Aussperrung nicht weiter beschäftigen kann, und unter der Voraussetzung, daß sie mir während der Dauer der Aussperrung und bis zu längstens dreizehn Wochen zwei Drittel meines bisherigen Stundenlohnes zahlt, mich meiner Arbeitgeberin auf die Zeit der normalen Arbeitsdauer zur Verfügung zu halten. Ich verpflichte mich ferner, keinerlei Unterstützungen an Ausgesperrte oder streikende Arbeiter oder deren Vereinigungen zu leisten, meiner Arbeitgeberin sofort Mitteilung zu machen, wenn ich eine andre Beschäftigung annehme, und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Ich erkläre mich auch bereit, im Falle einer Aussperrung andre Arbeit als solche, für die ich angenommen bin, oder andre als Fabrikbetriebsarbeiten, auch Arbeiten, welche für Rechnung Dritter auszuführen sind, unter der Bedingung zu leisten, daß mir dafür mein bisheriger Durchschnittsstundenlohn weiterbezahlt wird, für welchen Fall ich auf die obige Entschädigung von zwei Drittel meines Stundenlohnes verzichte.

Es ist mir bekannt, daß ich mich eines Betrugs schuldig machen würde, wenn ich verschweige, daß ich einer der oben gekennzeichneten Organisationen angehöre.

(Datum) . . . . . .

(Name) . . . . . .

Leider teilt die „Werkmeister-Zeitung" nicht mit, in welchem Betriebe der Ukas vorgelegt wird. Sie erwartet allerdings, daß die Werkmeister Solidarität genug besitzen, um die Unterzeichnung des Reverses abzulehnen. Wir teilen diese Zuversicht nicht ganz. Es gibt gerade unter den Werkmeistern noch einen außerordentlich großen Prozentsatz von Leuten, die allen Solidaritätsgefühls ermangeln, im Unternehmer ihren Gott und im Arbeiter nur den rechtlosen Sklaven sehen. Und solche Leute unterschreiben jeden Wisch, der ihnen vom Unternehmer vorgelegt wird. Gewiß gibt es auch aufrechte und solidarisch empfindende Werkmeister, aber sie bilden vorerst noch eine geringe Minderheit. Es ist jedoch zu hoffen, daß Reverse, wie der oben wiedergegebene, dazu beitragen, daß den allzueifrigen Schleppenträgern des Unternehmertums die Augen über die wahre Natur ihres Arbeitsverhältnisses geöffnet werden.

Zum Nachdenken.

Unter der Ueberschrift „Zwei Momentbilder" schreibt dem „Grundstein" ein Mitarbeiter: Vor einigen Wochen hatte ich ein Erlebnis, das vielleicht manchem kaum der Erwähnung wert scheint, das ich aber trotzdem hier schildern möchte; denn es scheint mir ein wichtiger Beitrag zum Studium der geistigen Regungen und Bewegungen des Proletariats zu sein. Ich war in einer Versammlung, die für die preußische Wahlrechtsreform demonstrierte. Mehr als 3000 Menschen, Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, lauschten einem temperamentvollen Vortrage. Wider Erwarten gab es Diskussion. „Das Wort hat Genosse Dr. X.!" Ein Mann in der Mitte der dreißiger Jahre bestieg das Podium. Kaum wurde sein Kopf über dem Rande des Pultes sichtbar, als ein starker Applaus anhob, ein Rufen und Händeklatschen, unter dem die Luft erdröhnte. Ich war sehr gespannt, was nun folgen würde. Es war nicht erheblich, ein mittelmäßiger Witz und dann eigentlich nur sehr blutleeres Gerede mit verunglückten Bildern. Ich erkundigte mich, wer der Dr. X. sei. Ein Rechtsanwalt, und seit etwa sechs Jahren Mitglied der Partei, seit ungefähr zwei Jahren auch Stadtverordneter. Eine schnell erworbene Popularität, mußte ich denken, und als ich dann im Strom der Menschenmassen auf die Straße trieb, da fiel mir mitten im Gedränge ein andres Erlebnis ein. Das liegt jetzt gerade zwei Jahre zurück — und spielte sich in der gleichen Gegend, wenn auch nicht in dem gleichen Saale ab. Eine Aussperrung von etwa 6000 Arbeitern sollte nach elfwöchiger Dauer beendet werden. Das Resultat des Kampfes war eine Lohnerhöhung von 5 Pf., die daneben geforderte Verkürzung der Arbeitszeit auf weniger als neun Stunden war nicht erreicht worden. Nun sollte die Versammlung der Ausgesperrten über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge entscheiden. Der große Saal war gerüttelt voll. Der Sekretär der örtlichen Verwaltungsstelle trug den Bericht vor. Man hörte ihm ruhig zu; nur hin und wieder ein harmloser Zuruf, sonst war alles lauschende Aufmerksamkeit, bis dicht vor dem Schluß des Berichts, als der Sekretär seine Meinung aussprach, daß man gut tue, den Vorschlag anzunehmen, erst vereinzelte Protestrufe, dann stürmische Unterbrechungen anhoben. Als der Sekretä geendet hatte, dauerte es einige Minuten, ehe wieder Ruhe eintrat. Dann wollte der Verbandsvorsitzende sprechen. Der Name tut hier gar nichts zur Sache — es war einer der bekanntesten und tüchtigsten Gewerkschaftsführer, ein Mann, der mit Recht den Ruf unermüdlicher Pflichttreue genießt. Nebenbei auch ein packender Redner. „Kollege Y. hat das Wort!" Kaum hatte sich der Verbandsvorsitzende erhoben, als ein mit Pfeifen durchsetzter Lärm begann. Höhnische und beleidigende Zurufe schollen aus dem Saale zur Bühne herauf. Endlich legte sich der Sturm. Der Vorsitzende konnte reden und schließlich nahm man nahezu einstimmig die Vorschläge an. Also diese zwei Momentbilder beschäftigen mich so, daß ich sie niederschreiben mußte. Vielleicht ist es ein Fehler, sie abzudrucken; aber das mag die Redaktion entscheiden. Ich frage mich nur dies: wie erklärt sich das verschiedene Verhalten der organisierten Arbeiter in diesen beiden Fällen? Der eine Redner hat seit sechs Jahren geredet und er wird sofort bei seinem Auftreten mit Beifall überschüttet, der andre Redner hat seit 25 Jahren gearbeitet, hat an leitender Stelle eine große Organisation mit aufgebaut, hat die Bewegung seiner Berufskollegen wie kein Zweiter gefördert, und als er zu ihnen in ernster Stunde reden wollte, empfingen ihn Beleidigungen. Sind diese Erlebnisse nicht des Nachdenkens wert?

Gegen die schwarzen Listen.

Die sogenannten schwarzen Listen, dieses infamste Kampfmittel der Unternehmer, unterstanden in den letzten Wochen einigemal der Beurteilung der Oeffentlichkeit und der Gerichte. Dabei zeigte sich erfreulicherweise, daß diese unanständigen, unmoralischen Auswüchse des kapitalistischen Scharfmachertums doch nicht immer und überall Billigung finden. — In München hatte das Schiedsgericht für das Baugewerbe die Frage zu entscheiden, ob sich der Arbeitgeberverband des Baugewerbes für München und Umgebung nicht eines Tarifbruchs schuldig gemacht habe, da dessen Vertreter an seine Mitglieder schwarze Listen mit dem Hinweise hinausgegeben habe, es sollten namentlich aufgeführte Arbeiter nicht eingestellt oder, sofern sie schon eingestellt waren, wieder entlassen werden. Trotzdem der Vertreter des Unternehmerverbandes einen Schiedsspruch zu vereiteln suchte, weil er zur Beurteilung der Frage nur ein Zentralschiedsgericht für kompetent erachtete, fällte das Schiedsgericht folgenden Entscheid: „Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Münchens und Umgebung hat sich durch die Herausgabe schwarzer Listen vom 21. Juni 1911 eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des Tarifvertrags schuldig gemacht." — In einem andern Falle hatte das ordentliche Gericht über die rechtliche Zulässigkeit der schwarzen Listen zu entscheiden. Es ist allgemein bekannt daß die Bergherren das System des geheimen Verrufs in einem Umfange betreiben, daß es selbst stramm kapitalistisch gesinnten Leitern über die Hutschnur geht. Tausende von Bergarbeitern werden auf die Liste gesetzt, weil sie vielleicht ihre Kündigungsfrist nicht innegehalten haben oder aus andern, noch weniger stichhaltigen Gründen. Sogar wegen Kränklichkeit, Bruchleiden usw., sind schon Arbeiter auf die schwarzen Listen der Zechenherren gekommen. Gegen diese brutale Beschränkung der Erwerbsmöglichkeit hatte der Bergarbeiterverband durch zehn seiner Mitglieder gerichtliche Klage anstrengen lassen gegen den allmächtigen Zechenverband der Bergherren. Die Klage hat in erster Instanz das Landgericht Essen beschäftigt. Dieses erließ ein Urteil dahin, daß der Zechenverband den Klägern den ihnen durch die Aussperrung entstandenen Schaden, soweit die Aussperrung länger als sechs Wochen dauerte, zu entschädigen habe. Zwei Kläger wurden mit ihrer Klage gänzlich abgewiesen. Gegen diesen Urteilsspruch wurde sowohl von den Klägern wie vom Zechenverbande Berufung an das Oberlandesgericht Hamm eingelegt. Von den Klägern deshalb, weil sie auch für die ersten sechs Wochen ihrer Aussperrung eine Entschädigung verlangten. Die beiden abgewiesenen Kläger schlossen sich der Berufung an wegen ihrer erfolgten Abweisung. Der Zechenverband verlangte natürlich Aufhebung des Urteils und Abweisung der Kläger, da er sich nicht für verpflichtet hielt, die Opfer seiner brutalen Aussperrungspraxis zu entschädigen. Es kam aber anders. Das Oberlandesgericht Hamm hat nämlich jetzt das günstige Urteil der Vorinstanz im allgemeinen bestätigt, es hinsichtlich der beiden abgewiesenen Berglente aufgehoben und den Zechenverband verurteilt, dem einen Bergarbeiter den ihm durch die Aussperrung entstandenen Schaden voll zu erstatten und dem andern den erlittenen Schaden insoweit zu ersetzen, als er länger als sechs Wochen ausgesperrt war. Sämtliche zehn Bergarbeiter waren sechs Monate von der Arbeit auf Zechen, die dem Zechenverband angehörten, ausgesperrt worden und fanden während dieser Zeit auch keine Arbeit. Das Urteil des Oberlandesgerichts ist endgültig, da das Reichsgericht wegen der hohen Revisionssumme vom Bergarbeiterverbande leider nicht mehr angerufen werden kann. Immerhin ist auch so den Zechenbaronen vom Bergarbeiterverbande gezeigt worden, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Nicht nur, daß sie jetzt eine gehörige Summe auspacken müssen, sie schafften auch die schwarzen Listen ab, als sie sahen, daß der Prozeß eine für sie bedenkliche Wendung nahm. Das ist jedenfalls das Erfreulichste an der ganzen Sache, mit deren gerichtlicher Verfolgung der Bergarbeiterverband sich und der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen nicht zu unterschätzenden Dienst erwiesen hat.

Papier-Industrie

Der Tanz um das gelbe Schaf.

Mitte Juni fanden in Danzig die sogenannten „Papiermachertage“ statt. Darunter sind verstanden die alljährlichen gemeinschaftlichen Vergnügungsreisen der Papierfabrikanten, bei denen nebenher die „Geschäfte“ der Berufsgenossenschaft, der wirtschaftlichen Vereine der Papier- und Holzstoffabrikanten und der Arbeitgeberverbände erledigt werden. Daß bei, während und auf diesen Tagungen die allbekannte Rückschrittlichkeit der Papierfabrikanten wahre Orgien feiert, versteht sich. Bei gutgedeckter Tafel läßt sich am bequemsten über die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpfen. Nur wird das Geschimpfe mit der Zeit langweilig und deshalb nehmen wir wenig oder gar nicht davon Notiz.

Heuer haben sich die Papierfabrikanten nicht nur einen Vortrag über die ungeheure Belastung und Schädigung der Industrie durch die Sozialversicherung, namentlich durch die neue Reichsversicherungsordnung, halten lassen, sondern auch noch einen weiteren über die „nationalen Arbeitervereine“. Dieweil aber aus dem Kreise der Papierfabrikanten niemand von der Sache etwas verstand, holten sie sich den bekannten Herrn **Tänzler**, den Syndikus der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, der berüchtigten Scharfmacherzentrale. Und Herr Tänzler verstand den Rummel. Er wußte die Nöte der armen Papierfabrikanten so grau in grau zu malen, die Willkürherrschaft der bösen Arbeiter so eindringlich zu schildern, daß die Herren von der edlen Papiermacherzunft sich gewiß ganz erstaunt gefragt haben, warum und wieso sie eigentlich diese Nöte und diesen Jammer so lange ertragen haben, ohne — etwas davon zu merken. Herr Tänzler versteht aber sein Fach und weiß sich seiner Aufträge geschickt zu entledigen. Die Regisseure der Papiermachertage wollten nämlich durch diesen Vortrag eine Fliege mit zwei Klappen schlagen. Es war weniger der Zweck des Vortrags, die Gründung „nationaler Arbeitervereine“ zu fördern, als Mitglieder für den kranken Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstoffabrikanten zu gewinnen. Dieweil aber die offene Propaganda sich aus verschiedenen Gründen nicht recht machen ließ, wurde die Sache so gedeichselt.

Zu dem Inhalt der Tänzlerschen Ausführungen ist wenig zu sagen. Es war die alte Litanei über die schlechten, undankbaren Arbeiter, die infolge der gewerkschaftlichen Verhetzung unzufrieden und begehrlich geworden sind und im Unternehmer nicht mehr den besorgten Wohltäter, sondern den rücksichtslosen Ausbeuter sehen. Wie sich im Kopfe des Herrn Tänzler die Aufgabe der Gewerkschaften malt, zeigt die einleitende Bemerkung, daß „der Zusammenschluß der Arbeiter zu Gewerkschaften in der bisherigen Form der Industrie ruhige und stetige Verhältnisse **nicht** gebracht hat“. — Als ob die Gewerkschaften extra gegründet wären, um die Arbeiter zur Ruhe und Geduld zu erziehen und den Unternehmern ungestörte Ausbeutungsfreiheit zu verschaffen! Einige Sätze später hat Herr Tänzler sein Bedauern über die gestörte Ruhe allerdings abgeschüttelt; er erkennt an, daß „auch der Kampf sein Gutes“ hat, ja daß er „sogar im gewissen Sinne der Vater aller Dinge und des Fortschritts“ ist. Aber „der Kampf muß um gerechter Ziele willen gekämpft werden und nicht um seiner selbst willen, und das ist es gerade, was wir den modernen Gewerkschaften .... zum Vorwurf machen müssen. Ihnen ist, wie sie sich selbst ausdrücken, das Ziel nichts oder wenig, die Bewegung alles.“ Daß der Syndikus einer Scharfmacherzentrale die Ziele der Gewerkschaften für ungerecht erklärt, müssen wir schon hingehen lassen — bei den Leuten ist die chronische Begriffsverwirrung nicht einmal eine Folge, sondern die erste Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Und daß Herr Tänzler im letzten Satz eine Behauptung aufstellt, die frei erdichtet ist, nimmt auch nicht wunder — die Wahrheit ist für die Beweisführung der Herren eben unbrauchbar. Zwar hat der Sozialdemokrat Bernstein einmal in einer theoretischen Auseinandersetzung über das Programm und die Politik der **Sozialdemokratie** einen ähnlichen Satz gebraucht, aber was hat die Ansicht eines Sozialdemokraten über rein sozialdemokratische Fragen mit der Gewerkschaftsarbeit zu tun? Es hieße unsre Leser beleidigen, wenn wir uns gegen die dummen Unterstellungen des Herrn Tänzler wehren würden. Unsre Mitglieder wissen aus eigener Erfahrung, daß wir nicht kämpfen um des Kampfes, sondern um des Zieles willen.

Dann kam der Unternehmersyndikus auf den Terrorismus der Gewerkschaften, das Lieblingsthema aller Scharfmacher, zu sprechen. Wie es damit steht, wissen unsre Leser. Wir würden ihnen deshalb gerade diesen Teil der Tänzlerschen Ausführungen ganz schenken, müssen jedoch eine Bemerkung des Herrn hier registrieren. Tänzler sagte nämlich, nachdem er behauptet hatte, daß die „Klassenkämpferischen Gewerkschaften“ solche Arbeiter terrorisieren, die andern Verbänden angehören und nicht übertreten wollen:

„Mir ist persönlich von **Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften**, **speziell der Christlichen**, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält.“

Wir wissen nicht, ob die Behauptung des Herrn Tänzler richtig ist. Da er [illegible] oben schon gezeigt, sehr frei mit den Tatsachen umspringt, ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch hier den Sachverhalt ein klein wenig anders dargestellt hat als er ist. Anderseits ist das Terrorismusgeschrei der Christlichen in der letzten Zeit so laut und so allgemein angestimmt worden, daß den christlichen Gewerkschaftsführern allerlei zuzutrauen ist. Zu beneiden wären die christlichen Gewerkschaften um solche Führer nicht, die den Scharfmachern das Material zur Schaffung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter zutragen und dem Vertrauten eines Unternehmerverbandes ihr Kümmernisse vorklagen.

Der Terrorismus der Gewerkschaften erstreckt sich aber, nach Tänzler, noch viel weiter. Er richtet sich nicht nur gegen die Unorganisierten, sondern auch gegen die eigenen Mitglieder. Nur ändert er dann Form und Zweck. Die Unorganisierten werden in den Verband, die Organisierten in den Streik terrorisiert. Wenigstens behauptet Tänzler das. Wie und warum organisierte Arbeiter eines Betriebes oder einer Branche, die nicht streiken wollen, sich selbst in den Streik terrorisieren oder kommandieren können, ist [illegible] ein Geheimnis, das nur Herr Tänzler [illegible] [illegible], es [illegible] am Anfang, den er nur den Papierfabrikanten weismachen kann. Denn die das Wirtschaftsleben kennen, die über die Gewerkschaften, [illegible]

ihn ausgelacht. Bei den Papierfabrikanten scheint der größte Blödsinn den besten Resonanzboden zu finden.

Neben derlei unsinnigem Speech hat der Apostel der Scharfmacher auch einige bemerkenswerte Wahrheiten verzapft. Allerdings mehr unabsichtlich und unüberlegt. So empfahl er zwar die Gründung gelber Gewerkschaften, ja, er bezeichnete es als „eine der wesentlichsten und hauptsächlichsten Aufgaben der Arbeitgeberverbände“, die Gründung solcher Prätorianergarden zu fördern, aber er versah seine Empfehlung mit dem folgenden bezeichnenden Nachsatz:

„. . . ich bin der Auffassung, daß sich solche Arbeitervereine **nur dann entwickeln sollen, wenn ein B[illegible]nis dazu vorliegt.** Das wird zum großen Teil dann der Fall sein, **wenn die gewerkschaftliche gegnerische Organisation bereits große Fortschritte innerhalb des Betriebes gemacht hat . . .**“

Das ist einmal nett und offen! Die gelben Werkvereine „sollen“ sich erst entwickeln, wenn den Unternehmern das Feuer auf den Nägeln brennt, wenn die Gewerkschaft im Betriebe Boden gewonnen hat. Kann man es deutlicher sagen, daß **nur das Unternehmerinteresse** bei der Gründung der gelben Vereine maßgebend ist? Gewiß nicht! Und doch werden die Scharfmacher bei der nächsten Gelegenheit wieder den genarrten Gelben weismachen wollen, daß nur die Sorge um das Wohl der Arbeiter sie bewegt, die „Werkvereine“ zu fördern. Es wird schließlich auch noch einige, geistig schwerfällige Arbeiter geben, die das glauben. Aber es werden nicht viele sein.

Zum Schluß appellierte Herr Tä[illegible]ler gar noch an die Tränendrüsen der Papierfabrikanten. Er erzählte folgendes Geschichtchen:

„Es war ein ergreifender Moment, als am gestrigen Tage, in der Sitzung des Arbeitgeberverbandes der Papier- und Zellstoffabrikanten, ein Mitglied aufstand und erzählte, was ihm in diesen Tagen passiert ist, wie seine Meinung, die er von den Arbeitern hatte, mit einem Male erschüttert worden ist, wie er die Wohltaten, die er jahrelang den Arbeitern hatte zuteil werden lassen, mit einem Schlage vernichtet sah, wie trotz seines weiten Entgegenkommens fast die ganze Arbeiterschaft an einem Tage, in einer Stunde, in einer einzigen Minute aufstand und auf einen Pfiff des Führers die Arbeit niederlegte.“

Wir wissen nicht, wer die gruselige Geschichte erzählt hat — wir wissen nur, daß sie nicht wahr ist. Vielleicht ist sie auch nur vorgetragen worden zu dem gleichen Zwecke, zu dem Herr Tänzler seine wundersamen Geschichten erzählt hat, nämlich, um die Unternehmer in Angst zu setzen und für den Arbeitgeberverband Mitglieder zu werben. In der Wahl ihrer Agitationsmittel sind ja die Unternehmer ebenso skrupellos, wie bei der Wahl ihrer Kampfmittel gegen die Gewerkschaften.

Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende dankte jedoch für die „lichtvollen“ Ausführungen, die „auf alle großen Eindruck gemacht“ hätten. Das ist entweder eine unwahre fade Schmeichelei, oder ein Armutszeugnis für das geistige Niveau des Papiermachertages. Wahrscheinlich das letztere.

+ Aus dem Reiche der Talgrafen.

Die Verhältnisse in den Papierfabriken der Vorderpfalz lassen noch immer alles zu wünschen übrig. Seit dem spontanen Anlauf im Vorjahr ist wieder die alte Lethargie eingerissen. Die Talgrafen sind allerdings auch mit Eifer bemüht, die Organisation aus ihren Betrieben fernzuhalten. Die Firma Knödel, Schmidt u. Ko. in Lambrecht verlangt von „ihren“ Arbeitern die schriftliche Erklärung, daß sie keiner Organisation angehören. Als vor einiger Zeit vor den Papierfabriken der Vorderpfalz Flugblätter verbreitet wurden, gab die Firma Knödel, Schmidt u. Ko. durch Anschlag bekannt, daß sie jeden Arbeiter, der dem Verbande beitritt, sofort entlassen würde. Eine andre Firma (Engelmann in Schöntal) setzte sogar einen Preis von 10 Mk. aus für den, der den Verteiler der Flugblätter nennen würde.

Die Talgrafen haben auch allen Anlaß, die Organisation zu fürchten; denn mit der ungestörten Ausbeutung der Arbeiter, wie sie heute noch betrieben wird, wäre es dann vorbei. Heute verdienen verheiratete Männer 2,20 bis 2,40 Mk. pro Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit; jugendliche erhalten 17 bis 19 Pf. die Stunde. Auch sonst liegt viel im argen. So hat die Firma Knödel, Schmidt u. Ko. für ungefähr 240 Arbeiter einen Baderaum von 2 Meter Länge und 1 Meter Breite. Daß diese Badegelegenheit gleich Null ist, ist wohl begreiflich. Es sind allerdings noch einige Badeeinrichtungen vorhanden, aber nur für die Herren Meister und deren Angehörigen usw., während für das „gewöhnliche“ Volk, welches, wie oben erwähnt, aus zirka 240 Arbeitern besteht, eine Zelle genügen mag. Aehnlich sieht es mit den Abortverhältnissen aus. Auch hier kommt auf zirka 70 Arbeiter sage und schreibe ein Abort. Es wäre an der Zeit, daß mit diesen gesetzwidrigen Mißständen endlich aufgeräumt würde. Noch besser wäre es freilich, die Arbeiterschaft raffte sich selber auf und sorgte für Besserung.

+ Papierindustrie.

Verhütung von Unfällen bei den Papiermaschinen. Ueber zwei bemerkenswerte Einrichtungen, die geeignet sind, den Unfällen bei den Papiermaschinen, welche sich bei der Filzleitwalze und der Papierschneidemaschine nicht selten ereignen, vorzubeugen, berichtet das Gewerbe-Inspektorat in Reichenberg (Böhmen): In einer Papierfabrik wurden die Lagerhöhen der Filzleitwalzen geändert und diese selbst durch Verkleinerung des Durchmessers von dem Trockenzylinder abgerückt, so daß ein gefährliches Einbringen der Hand nicht mehr möglich ist. In einer andern Papierfabrik wurde über der Walze die vor den Messerwellen gelagert ist und das Papier zwischen diese einschieben soll, eine Bürstenwalze angebracht, welche eine größere Umfangsgeschwindigkeit besitzt und demzufolge das Papier energisch der Messerwelle zutreibt, so daß es unnötig und unmöglich ist, der Maschine nahezukommen.

Verschiedene Industrien

*** Terroristen in der Tapetenindustrie.**

In der Tapetenindustrie geht es noch immer drunter und drüber. Die „Tiez“ hat sich aufgelöst, nur formell, um Besitzwechselabgaben zu vermeiden, besteht sie noch. Das alte Kartell der Tapetenfabrikanten ist aus dem Leim gegangen und das neue kann trotz 100 und mehr Geburtshelfer nicht zur Welt kommen. Das erscheint, in Anbetracht der Tatsache, daß die Zahl der Tapetenfabrikanten verhältnismäßig gering ist, also leicht unter einen Hut zu bringen sein müßte, sonderbar, ist jedoch in den eigenartigen Verhältnissen der Branche begründet. Die Tapeten**händler** haben nämlich auf die Fabrikanten erheblichen Einfluß und suchen bei einer Kartellierung der Industrie ihr Schäfchen nebenher zu scheren. Sie verlangen Festlegung eines ausreichenden „Händlerschutzes“. Was sie darunter verstehen, ist nicht immer klar. Die einen fordern „angemessene Preisstellung“, die andern Ausschluß aller direkten Lieferung an die Verbraucher — Maler, Tapezierer, Bauunternehmer — und wieder andre verlangen, daß keine Fabrik an solche Händler liefert, die die festgesetzten Mindestverkaufspreise nicht innehalten. Nebenher laufen noch zahlreiche andre Wünsche und Forderungen. Weigern sich die Fabrikanten, den Händlern zu folgen, so werden sie ungeniert mit Boykott bedroht. Daß unter solchen Umständen der Zusammenschluß der Fabrikanten immer wieder scheitert, ist erklärlich.

Anderseits darf aus der langen Wunschliste der **Händler nicht** der Schluß gezogen werden, daß damit der Zusammenschluß der Fabrikanten gehindert werden sollte. Das wollen die Händler nicht. Im Gegenteil. Sie sind durchaus dahin mit den Fabrikanten einig, daß das verbrauchende Publikum noch mehr geschröpft werden muß und sie sehen auch ein, daß dazu die Organisation der Fabrikanten das geeignetste Mittel ist. Aber sie wollen den Löwenanteil an der Beute haben. Die Organisation der Tapetenhändler führt darum allwöchentlich eine Anzahl Papierschlangen gegen die Außenseiter der Tapetenindustrie — die wichtigsten sind Hansa, Iden u. Ko. und Tapetenfabrik Coswig — auf, um sie der Organisation zuzuführen. Die Händler werden ermahnt, von den Fabriken keine Ware zu entnehmen, solange sie außerhalb der Organisation stehen. Namentlich gegen Coswig wird der Kampf geführt. In einem Artikel in Nr. 24 der „Tapetenzeitung“ ruft auch das „Kartell Deutscher Tapetenindustrieller“ energisch zum Kampf gegen Coswig auf. Der Fabrik wird „Unehrlichkeit“ vorgeworfen, eine „widerwärtige Methode“ nachgesagt und andre Liebenswürdigkeiten mehr. Am Schlusse des Artikels heißt es:

„31 Tapetenfabrikanten und eine große Zahl von deutschen **Tapetenhändlern bilden zusammen eine wirtschaftliche und sittliche** Macht, die aufgeboten werden muß zum Kampf gegen den nackten, rücksichtslosen Egoismus einzelner Firmen, zur Begründung geordneter wirtschaftlicher Zustände in der Branche.“

Der Terror wird also losgehen! Die „sittliche Macht“ des **Kartells** wird aufgeboten gegen „nackten, rücksichtslosen Egoismus“ der Unorganisierten. Welche Mittel in diesem Kampfe angewendet werden, haben wir oben schon angedeutet. Selbstverständlich wird sich [illegible] Unternehmer finden, der über die rücksichtslose Ausübung des Koalitionszwanges zetert und kein Staatsanwalt wird Anklage wegen Erpressung erheben. Wenn aber einmal ein Arbeiter einen Kollegen etwas energisch an seine Organisationspflicht mahnt, marschieren die Hüter der „persönlichen Freiheit“, die „Schützer von Sitte und Ordnung“ rudelweise auf. Ja, wenn zwei dasselbe tun. . . .

Die Tap[illegible]nhändler erließen am 7. Juli einen langen Aufruf an die Händler, in dem aufgefordert wurde, nur von Kartellfirmen zu kaufen. In dem Aufruf hieß es unter anderm:

„Der einfachste Fabrikarbeiter in Deutschland hat begriffen, daß die wirtschaftliche und soziale Lage seines Standes nur durch Zusammenschluß, nur durch Organisation, nur durch Opferwilligkeit des einzelnen günstiger gestaltet werden kann.“

Zu diesem Satz haben wir zwei Wünsche. **Erstens** den, daß **er wahr** sein möchte, d. h. daß wirklich jeder Fabrikarbeiter die Notwendigkeit der Organisation einsähe, und zweitens den, daß die Unternehmer nicht so oft die Organisation der Arbeiter, deren Wert sie doch mit den oben zitierten Sätzen rückhaltlos anerkennen, so brutal bekämpfen und so schmutzig verleumden möchten. Zum Beispiel durch Versendung von Reichsverbandstraktaten an die Arbeiter. Die Herren werden wissen, wen wir meinen.

*** Noch eine Lüge über die Seifenfabrik der GEG.**

Die vom Reichsverband direkt oder indirekt gespeiste Presse wird nicht müde, die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu kritisieren. Nachdem der plumpe Versuch, die Löhne umzulügen, nicht gelungen ist, wird jetzt ein neuer Schwindel verbreitet. Er sieht so aus:

„Vor kurzem verunglückten in der sozialdemokratischen Seifenfabrik zu Gröba kurz hintereinander zwei Arbeiterinnen. Die eine Arbeiterin hatte das Unglück, eine halbe Stunde vor dem Feierabend mit der Hand in die Maschine zu kommen. Am nächsten Lohntage wurde ihr diese halbe Stunde vom Lohn abgezogen. Erst auf die sehr entschiedenen Vorstellungen des Arbeiterausschusses hin wurde die halbe Stunde Arbeitszeit nachvergütet. Und das ist geschehen in der Seifenfabrik, von der Genosse von Elm gesagt hat, sie solle ein Stück Zukunftsstaat sein.“

Diese Notiz muß schon deshalb erlogen sein, weil die Großeinkaufsgesellschaft **bei allen Erkrankungen**, also auch bei Unfällen, **den Lohn bis zum Bezug des Krankengeldes weiterbezahlt**, also der verletzten Arbeiterin die halbe Stunde nicht abziehen kann. Um aber an einem Beispiel zu zeigen, wie „geschickt“ die Reichsverbandsjünger die Wahrheit um die Ecke bringen können, sei hier der tatsächliche Sachverhalt, der der Schwindelnotiz zugrunde liegt, mitgeteilt. Die Geschäftsleitung zahlt den Lohn für die ersten drei Krankheitstage in der Regel bei Auszahlung des ersten Krankengeldes oder bei Vorlegung des Krankenscheines aus. Die in der Notiz erwähnte Arbeiterin hob nun ihren fälligen Lohn ab, aber nicht den für die drei Tage, weil sie noch keinen Krankenschein hatte. Daraufhin ersuchte ein Ausschußmitglied, man möge der Arbeiterin doch gleich den Lohn für die Karenzzeit auszahlen und nicht damit warten bis zum nächsten Lohnzahlungstermin. Die Fabrikleitung sandte darauf der Arbeiterin den Lohn für die Karenzzeit per Boten ins Haus. Offenbar hat irgendein Lügenpeter diese Angelegenheit, bei der es durchaus einwandfrei zuging, so zurechtgedichtet, wie es für die Zwecke des Reichsverbandes notwendig ist. Hoffentlich lügt er das nächstemal nicht wieder so ungeschickt. — Vielleicht nimmt auch der „Seifenfabrikant“, der die Lüge so fix aufschnappte, von dieser Klarstellung Notiz!

*** Morgan-Thörl?**

Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt: Nachdem nicht unbekannt geblieben ist, daß die Baumwollsaatölfabrik F. **Thörl**, G. m. b. H., Harburg a. d. E., am zweiten Hafenbecken ein Terrain von 12 000 Quadratmeter von der Stadt Harburg gekauft hat und die Option von weiteren 18 000 Quadratmetern erwarb, um ihre Fabrikanlagen bedeutend zu vergrößern, findet man heute dafür mehr und mehr eine Erklärung. Während die jüngsten Kaliverhandlungen der Amerikaner mit den Regierungsvertretern ihrem Ende zugingen, hatte sich Mr. S. T. Morgan schon eine andre Aufgabe zur Lösung gestellt, und zwar eine **Interessengemeinschaft der bedeutendsten Oelmühlen der Vereinigten Staaten und Deutschlands** herbeizuführen. Es ist so auch bereits eine Gründung unter Leitung **Morgan-Thörl** ins Leben gerufen worden, **die mehrere größere Oelraffinerien amerikanischen Stils baut** und für den Vertrieb ihrer Produkte, wie dieser Tage das Firmenregister bereits brachte, eine Wessonöl-Vertriebsgesellschaft in Hamburg einrichtete. Die Harburger Raffinerie soll bereits im Bau begriffen sein, und schon von Januar an liefern können. — Daß Kommerzienrat Thörl sich mit großen Plänen trägt, ist bekannt. Ob er bei einem Bündnis mit dem smarten Amerikaner auf seine Rechnung kommt, ist eine andre Sache.

*** Notizen vom Wirtschaftsmarkt.**

Die Oelfabrik **Groß-Gerau in Bremen** berichtet von einem gut abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Reingewinn beträgt 683 284 (634 831) Mk. Hiervon sollen 500 000 Mk. als 11prozentige Dividende verteilt werden. — **Lübeck.** Die Lübecker Oehlmühle, welche im Vorjahre 120 808 Mk. Gewinn erzielte, schloß mit einem Verlust von 145 697 Mk. ab. — **Duisburg-Meiderich.** Die Gesellschaft für Teerbereitung erzielte 306 500 (265 100) Mk. Reingewinn, davon sollen wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden. — **Düsseldorf.** Der Reingewinn der Aktiengesellschaft für Kohlendestillation beträgt 293 917 Mark. Verteilt werden auf 264 000 Mk Vorzugsaktien 4 Prozent, auf das Gesamtkapital 6 Prozent erste und 7 Prozent zweite Superdividende. — **Halle.** Riebecksche Montanwerke, Reingewinn 2 678 780 (2 076 197) Mark. Dividende 12 Prozent. — **Konstanz.** Holzverkohlungsindustrie. Das Unternehmen erzielte 1 418 148 (1 196 006) Mk. Reingewinn. Dividende 12½ (12) Prozent. — **Maximiliansau.** Die Linoleumfabrik hat im Laufe des verflossenen Jahres ihren Betrieb erheblich erweitert. Der Reingewinn für 1910 beträgt 165 986 (31 484) Mk. Der Betrag wird größtenteils zur Deckung erlittener Verluste und zur Ansammlung von Reserven verwandt. Eine Dividende wird nicht verteilt.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in **Düsseldorf** (Bleiweißfabrik), **Elmshorn**, **Irmsleben** (Kaliwerk), **Fürth** (Ziegelei Grau), (Metallpapierfabrik), **Güstrow, Halle a. S.** (Zementfabrik), **Harburg** (Oelfabrik „Teutonia“), **Heidenheim, Ludwigshafen** (Walzmühle), (Badische Anilin- und Sodafabrik), **Magdeburg** (Chemische Fabrik), (Zuckerfabrik), **Nürnberg** (Kohlenstiftfabrik), (Speckstein-Industrie), **Weimar.**

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Barmen.** Die Arbeiter der Papierfabrik Weißenstein bei Barmen reichten an die Betriebsleitung eine Eingabe ein, in der sie um eine Verkürzung der jetzt noch 61 Stunden betragenden Arbeitszeit nachsuchten. Die Fabrikleitung erklärte, daß sie lieber den Betrieb schließen würde. Wie wenig sie aber die Drohung ernst gemeint hat, beweist die Tatsache, daß sie in der „Papierzeitung" „Maschinenfärber bei gutem Lohn" sucht. Wir ersuchen die Papierarbeiter an allen Orten, den Zuzug von Papierarbeitern nach hier fernzuhalten, bis die Differenzen erledigt sind.

— **Breslau.** Die Lohnbewegung, die bei der Firma Jeserich, Asphalt- und Betongeschäft, geführt wurde, und bei der 86 Kollegen in Frage lamen, ist beendet. Am Montag, dem 7. August, hatten sämtliche bei der Breslauer Zweigniederlassung dieser Firma Beschäftigten die Arbeit eingestellt. Von der Verbandsleitung wurden sofort Verhandlungen angebahnt, zu denen sich auch die Betriebsleitung bereitwilligst herbeiließ. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Tarifvertrag, der der Arbeiterschaft wesentliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bringt. Der Stundenlohn wurde um 3 bis 3½ Pf. erhöht. Die Montagezulage beträgt außerhalb Breslaus pro Tag 2,25 Mk. Als Vertretung der Arbeiterschaft wird der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands anerkannt. Bei Bedarf an Arbeitskräften wird der Arbeitsnachweis des Fabrikarbeiter-Verbandes berücksichtigt. Es wird nun an der Arbeiterschaft liegen, durch treues Festhalten an der Organisation sich das Errungene auch zu erhalten.

— **Delmenhorst.** Am 24. Dezember 1910 wurde von den Arbeitern des städtischen Gaswerks dem Stadtmagistrat bezw. der Gaskommission eine Eingabe eingereicht, in der Erhöhung der Löhne, Festsetzung von Mindestlöhnen, Aufschlag für Ueberstunden, Wasser-, Sonntags- und Nachtarbeit, Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit für die Feuerhausarbeiter, in Krankheitsfällen Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Wahl eines Ausschusses und Tarifabschluß gefordert wurden. Während die Löhne bereits Ende Januar dieses Jahres geregelt wurden, gelangte die Frage der Arbeitszeit erst Ende Juli zum Abschluß. Es wurden Mindestlöhne festgesetzt und zwar für neueintretende Arbeiter, vom 1. Mai 1911 bis zum 1. Mai 1912: für Oberheizer 47½ Pf., Heizer 42½ Pf., Hof- und andre Arbeiter 42½ Pf., Handwerker und Hilfshandwerker 47½ Pf. pro Stunde. Den jetzt beschäftigten Arbeitern wurden Lohnzuschläge von 2½ bis 6½ Pf. pro Stunde bewilligt. Am 1. Mai 1912 tritt auf alle jetzt gezahlten Löhne ein Aufschlag von 1½ Pf. pro Stunde ein und gelten die alsdann gezahlten Löhne auch für neueintretende Arbeiter als Mindestlöhne. Danach gilt für die Zeit vom 1. Mai 1912 bis zum 1. Mai 1913 für sämtliche Arbeiter als Mindestlohn: Oberheizer 51½ Pf., Heizer 46½ Pf., Handwerker und Hilfshandwerker 52½ Pf., Hof- und andre Arbeiter 44 Pf. pro Stunde. Am 1. Mai 1913 werden sämtliche Anfangslöhne, außer bei den Handwerkern, noch um 1 Pf. erhöht. Außer diesen Lohnerhöhungen ist für die Feuerhausarbeiter am 1. August die achtstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt, unter entsprechendem Ausgleich des Lohnes. Weiter wurde für 15 Kollegen ein Aufschlag für Ueberstunden, Wasser-, Nacht- und Sonntagsarbeit von 5 Pf. pro Stunde erreicht. An Urlaub werden je nach der Dauer der Beschäftigung bis zu sieben Tagen gewährt; in besonderen Fällen bis zu 14 Tagen. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vom 15. Tage an auf die Dauer von sechs Wochen für vier Tage in der Woche gezahlt. Ein Arbeiterausschuß ist ebenfalls gewählt. Sämtliche Vereinbarungen gelten bis zum 1. Mai 1914. So ist denn durch den Zusammenschluß, durch straffe Organisation ein schöner Erfolg zu verzeichnen. Mögen die Arbeiter des Gewerkes dessen stets eingedenk sein.

— **Ermsleben.** Auf dem hiesigen Kalkwerk ist ein Konflikt ausgebrochen, der ernstere Formen angenommen hat. Ein Mitarbeiter hat sich durch „Fleiß", „Nüchternheit", „Achtsamkeit", die Achtung seiner Kollegen so erworben, daß es der Mehrzahl graut, mit ihm zusammen arbeiten zu müssen. Der Weigerung, mit ihm zusammen zu arbeiten, gab dann auch ein Kollege am Sonnabend, dem 5. August, Ausdruck. Das führte zur Entlassung des Kollegen, der aus Rücksicht auf seine Arbeitskraft und Gesundheit mit jenem, der sich zu schonen versteht, nicht zusammen arbeiten wollte. In der Erregung, die erst besonders auch dadurch Nahrung fand, daß die Betriebsleitung den „Fleißigen" nicht längst an eine Stelle gebracht, an welcher seine „Emsigkeit" die übrigen Arbeiter nicht berührte, reichten über 50 Arbeiter die Kündigung ein. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Direktion und die Betriebsleitung lehnten es ab, die Kündigung als nicht erfolgt anzusehen.

— **Füth i. B.** Nach achtwöchiger Dauer ist der Streik bei der Firma Stern, Bunt- und Metallpapierfabrik, zugunsten der Streikenden beendet. Der Streik war deshalb hartnäckig, weil Herr Kaufmann, der Inhaber der Firma, es ablehnte, mit der Organisationsleitung in Verbindung zu treten. Die vorgeschickte Kommission konnte ebenfalls nichts erreichen. Erst nach acht Wochen bequemte sich Herr Kaufmann, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen. Es kam folgender Schiedsspruch zustande: 1. Der Anfangslohn für nicht branchekundige Arbeiter beträgt 18 Mark pro Woche (bisher 16 Mk.); nach einem Jahr 19 Mk., nach einem weiteren Jahr 20 Mk. 2. Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten 9,50 Mark (bisher 8 Mk. bis 8,50 Mk.), nach einem Jahr 10 Mk., nach einem weiteren Jahr 10,50 Mk. 3. Sämtliche Arbeiter erhalten vom Tage der Arbeitsaufnahme 1 Mk., Arbeiterinnen 50 Pf. Lohnzuschlag mit der oben genannten Steigerung. 4. Die Arbeitszeit beträgt 55 Stunden bisher 57½ Stunden); bezahlt werden 57½ Stunden 5. Die Lohnzahlung findet an den Sonnabenden (bisher an den Donnerstagen) statt. 6. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, wenn zwei Stunden überschritten sind 30 Prozent, für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag gezahlt. 7. Die Organisation wird anerkannt, Maßregelungen finden nicht statt. Am Montag, dem 7. August, wird die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Kaum dürfte irgendwo bei einem Streik mit derartigen Mitteln gearbeitet worden sein, wie bei der Firma Kaufmann. Anonyme Briefe wurden an den Hauptvorstand und von einer Papierfabrik in München an Streikende gerichtet. Ein Streikbrecheragent ward zuerst Arbeitswillige in Aschaffenburg und stellte nachträglich der Frau eines Arbeitswilligen unsittliche Anträge. Anzeige wurde erstattet gegen den Geschäftsführer des Verbandes, Koch, wegen Beleidigung des Herrn Kaufmann. Koch wurde jedoch freigesprochen und Herr Kaufmann hatte sämtliche Kosten zu tragen. Eine weitere Verhandlung wegen Schadenersatz für die erste Streikwoche in Höhe von 3000 Mk. schwebt noch. An sämtliche Streikende wurden eingeschriebene Briefe gesandt, die sie zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen sollten. Die lieben Arbeitswilligen, an denen es leider nicht fehlte, erhielten ein Drittel des verdienten Lohnes während der Dauer des Streiks mehr ausbezahlt. Strafanzeigen gegen Streikende wegen angeblicher Beleidigung der Arbeitswilligen durften auch nicht fehlen. Ein Herr vom Kontorpersonal glaubte sich gegen die Streikenden recht liebenswürdig benehmen zu müssen, wofür er von einem Streikenden eine derbe Ohrfeige erhielt. Einen gestellten Strafantrag hat der Herr aus ihm wohlbekannten Gründen wieder zurückgezogen. Den Geschäftsführer Koch glaubte man durch drei Flaschen extra feinen Wein gewinnen zu können. Per Auto wurden die Herren Arbeitswilligen am Montag in die Fabrik, wo sie die ganze Woche über verblieben, und am Sonntag in ihre Wohnungen gebracht. Aber alles hat nicht genützt, die organisierten Arbeiter haben gesiegt und haben Herrn Kaufmann gezeigt, daß der Organisation nicht so leicht beizukommen ist. Hätte Herr Kaufmann seine Abneigung gegen die Organisation schon früher aufgegeben, er hätte sich Geld und Zeit, Mühe und alle diese unliebsamen Vorkommnisse ersparen können.

— **Lüneburg.** Die Arbeiterschaft der hiesigen Saline reichte am 5. Juli durch eine Kommission die Forderung auf Abschaffung des Akkords, Erhöhung des Stundenlohnes und sonstige Abänderungen ein. Wenn nun die Arbeiter glaubten, für ihre berechtigten Wünsche Verständnis bei der Werkleitung zu finden, so hatten sie sich sehr getäuscht. Nachdem Bergrat Sachse seinen Arbeiterausschuß am 24. Juli zusammengerufen, wurde tags darauf der aus der Mitte der Arbeiterschaft gewählten Kommission das Resultat dieser Verhandlungen in einem fünf Seiten langen Schreiben vorgelegt. Die Verhandlungen des Bergrats mit seinem Arbeiterausschuß hatten folgendes Resultat: Das Gedinge für Sieder soll so gestellt werden, daß die Sieder einen Durchschnittsverdienst von 3,68 Mk. pro Schicht erreichen. Am Retortenofen, Kalkofen und Düngekalkanlagen sollen die Arbeiter durch Erhöhung des Gedinges 20 Pf. mehr pro Schicht verdienen, Handwerker erhalten 10 Pf. pro Schicht mehr. Der Schichtlohn der Frauen wird von 1,70 auf 1,90 Mk. erhöht. Sogar die Heizer erhalten eine Kohlenprämie von 10 Pf. bis 20 Pf. Die übrigen Arbeiter gehen leer aus Auf Abschaffung des Akkords bei den Siedern und den Arbeitern der chemischen Abteilung ließ man sich überhaupt nicht ein. Aber gerade das ist für die Arbeiter die Kernfrage. Ist doch zurzeit die ganze Berechnung des Akkords eine derartige, daß es den Arbeitern vollständig unmöglich ist, auch nur für eine Schicht die geleistete Arbeit zu berechnen. Den am Monatsschluß ausbezahlten Lohn müssen sie einfach als richtig anerkennen. Und gerade dieses System bezeichnet die Werkleitung als unantastbar. Die Arbeiterschaft hat das Angebot vorläufig als Abschlagszahlung quittiert. Die Salinenarbeiter werden nun dafür sorgen, daß die Zeit nicht mehr fern liegt, wo weitere Erfolge errungen werden.

— **Uetersen.** Im Frühjahr dieses Jahres traten die Arbeiter der hiesigen Leimfabriken in eine Lohnbewegung ein. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. und daß der Lohn im Winter ebenso hoch sein sollte wie im Sommer. Die Unternehmer erklärten zunächst, daß sie nichts bewilligen könnten, da das Geschäft dies nicht zulasse. Als aber die Arbeiter die Arbeit einmütig niederlegten, erklärten die Unternehmer sich sofort zu Unterhandlungen bereit und nach sechsstündigem Streik wurde ein Tarif abgeschlossen, nach welchem den Arbeitern allgemein eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde gemacht wurde und der Stundenlohn 42 bezw. 47 Pf. im Winter sowohl wie im Sommer beträgt. Den Arbeitern der Johs. Jensschen Leimfabrik wurde außerdem für Innenarbeit anstatt der bisherigen zehnstündigen Bezahlung pro Tag eine elfstündige Bezahlung zugesichert. Wie leicht die Unternehmer diese Zugeständnisse machen konnten, ist jetzt aus dem soeben veröffentlichten ersten Jahresbericht der vereinigten Lederleimfabriken, Aktiengesellschaft, vormals J. E. Jens, welche vor Jahresfrist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, ersichtlich. Danach beträgt der Reingewinn des eine Million betragenden Aktienkapitals 93 623 Mk., also annähernd 10 Prozent. Die Herren Aktionäre erhalten 6 Prozent; für Abschreibungen, Tantiemen an Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind 33 000 Mk. verwandt worden. Berechnet man nun, was aus dem einzelnen Arbeiter herausgewirtschaftet worden ist, so kommt das runde Sümmchen von 1500 Mk. heraus, da wohl zirka 60 Personen im Betriebe beschäftigt werden. Also mindestens ebensoviel wie der Arbeiter an Jahreslohn erhält. Auch für das laufende Geschäftsjahr ist die Konjunktur eine sehr gute, da schon jetzt ¾ der Gesamtproduktion zu guten Preisen abgeschlossen sind, wie der Bericht mit Befriedigung konstatiert. Hoffentlich werden die Arbeiter ihre Lehre hieraus ziehen und treu zu ihrer Organisation halten, damit zu gegebener Zeit auch für sie etwas von diesen Riesenprofiten herausspringt.

— **Walterhausen.** In der Puppenfabrik Wiesenthal, Schindel u. durch die Organisationsleitung ein. Es gelang durch verschiedene Verhandlungen, die Löhne der männlichen Arbeiter um 2 bis 3 Mk., die der Mädchen und Frauen um 1 bis 1,50 Mk. pro Woche zu erhöhen. Die Arbeiterschaft war zunächst mit dem auf dem Vergleichswege Erreichten einverstanden. Es muß aber von den Kollegen und Kolleginnen ganz besonderer Wert darauf gelegt werden, daß es die erste Lohnerhöhung überhaupt ist, welche sie errungen — und durch ihre Organisation errungen — haben. Deshalb ist es Pflicht der Kolleginnen und Kollegen bei der Firma Schindel, wie in der gesamten Puppenindustrie, die Organisationsreihen zu stärken.

— **Der Kampf in der Badischen Anilin- und Sodafabrik** geht weiter. Die noch in der Fabrik beschäftigten Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer, Maurer, Küfer, Arbeiter usw. hatten in zwei Versammlungen den Krankenkassenausschuß ersucht, wegen Beilegung der Differenzen der Fabrikationsarbeiter mit der Direktion in Verhandlungen zu treten. Die Direktion hat auch den Ausschuß angehört, zu Verhandlungen ist es aber nicht gekommen. Was die Direktion dem Ausschuß zu sagen hatte, war vorher bereits schriftlich niedergelegt und hat nachfolgenden Wortlaut:

Antwort der Direktion an den wegen des Streiks vorstelligen Krankenkassenvorstand.

Die Streikenden haben die Arbeit niedergelegt, ohne sich an die vertraglich festgesetzte Kündigungsfrist zu halten. Während die Arbeiter von uns mit Recht verlangen, daß wir ihre vertraglichen Rechte unbedingt respektieren, haben die Streikenden nicht für nötig gefunden, uns gegenüber Gesetz und Recht zu achten. Sie haben uns aber auch noch dadurch, daß sie mitten in der Arbeit wegliefen und daß infolgedessen angefangene Arbeit nicht zu Ende geführt werden konnte, ganz bedeutenden Schaden zugefügt, für den wir das Recht haben, sie haftbar zu machen. Das Verlangen, diese Leute nun, nachdem sie jetzt wieder arbeiten wollen, ohne weiteres, als ob nichts vorgekommen wäre, wieder in ihre alten Stellen einzusetzen, ist daher ein ganz ungerechtfertigtes.

Wenn wir trotzdem die Frage der Wiedereinstellung der Ausständigen nicht von der Hand weisen, so ist dies ein sehr großes Entgegenkommen gegen dieselben, namentlich in Rücksicht darauf, daß wir gar nicht auf sie angewiesen sind, denn die tägliche Zahl der Neueintretenden ist so groß, daß voraussichtlich in einigen Wochen alle Lücken bei uns wieder vollständig ausgefüllt sein werden. Wir sind überzeugt, daß ein großer Teil der Streikenden ohne reifliche Ueberlegung und verführt durch andre den Schritt tat, der nunmehr sie und ihre Familien in Not gebracht hat. In dieser Erkenntnis haben wir seither schon Streikende wieder aufgenommen und werden auch weiterhin diejenigen, die die Absicht und den Willen haben, in unsrer Fabrik zukünftig als treue und fleißige Arbeiter ihre Lebensversorgung zu finden, und die nicht ihre Aufgabe darin sehen, als Unruhestifter und Friedensstörer zu wirken, wieder aufnehmen und ihnen, soweit dies möglich, eine ihrer früheren Stellung entsprechende Tätigkeit zuweisen. Wir hoffen, daß dies die Mehrzahl der Ausständigen ist. Da aber ein Teil der von den Streikenden innegehabten Stellen inzwischen durch neueingetretene Arbeiter besetzt ist, wir auch Aenderungen in der Arbeitseinteilung vorgenommen haben und einige infolge des Streiks stillgelegte Betriebe erst nach längerer Zeit wieder aufnehmen werden, so kann eine Anzahl der Streikenden nicht wieder eingestellt werden. Welche Arbeiter wir wieder einstellen werden, bleibt uns überlassen. Versprechungen von Lohnerhöhungen machen wir nicht und stellen auch solche nicht in Aussicht. Wer nicht das Vertrauen zur Fabrikleitung hat, daß sie das Richtige im Interesse ihrer Arbeiter zu tun bestrebt ist, der möge fern bleiben. Die Erfahrungen, die wir machen mußten, haben uns zu der Ueberzeugung geführt, daß es für das Gedeihen der Fabrik unbedingt erforderlich ist, daß die Hetzerei und Agitation gegen die Fabrikleitung innerhalb der Fabrik ein Ende nimmt. Wir haben den festen Willen, Leute, die sich derartiges zuschulden kommen lassen, unter unserm Arbeiterstand nicht mehr zu dulden."

Das heißt mit andern Worten: die Arbeiter sollen niedergezwungen werden, sich bedingungslos unterwerfen. Versprochen wird einzig, man will noch mehr Jagd machen auf die Agitatoren als bisher. An Protzenhaftigkeit und Unversöhnlichkeit ist die Antwort der Anilingewaltigen nicht leicht zu übertreffen. Nicht nur den Ausständigen, allen in der Fabrik noch beschäftigten Arbeitern haben die Herren der Arbeitssklaven mit ihrem Ukas einen Peitschenhieb versetzt. Vorläufig hat man die beabsichtigte Wirkung nicht erzielt; die Streikenden sind nicht zu Kreuz gekrochen, sondern die Sympathie für dieselben ist, namentlich bei den noch beschäftigten Arbeitern und auch beim Bürgertum, noch mehr gestiegen. Eine Versammlung der Bürgerschaft von Ludwigshafen stellte sich rückhaltlos auf die Seite der Streikenden.

Von der Fabrikleitung wird auch in der letzten Woche versucht, mit allen nur möglichen Mitteln die Reihen der Streikenden in Unordnung zu bringen und Streikbrecher anzuwerben. Neben der Stimmungsmache durch die Presse schickt man Aufseher, Vorarbeiter und deren Frauen zu den Streikenden, damit sie diese überreden, die Arbeit aufzunehmen und die Frauen der Streikenden bestimmen, auf ihre Männer in diesem Sinne einzuwirken. Streikbrecheragenten sind in der näheren und weiteren Umgegend tätig. Auch Kapläne werden für die Anilin, obgleich sich die christlich Organisierten mit dem Vorgehen der Anilinarbeiter einverstanden erklärt haben. Der Zuzug von Arbeitern nach Ludwigshafen ist unter allen Umständen streng fernzuhalten.

— **Ein neuer Riesenkampf in der deutschen Metallindustrie.**

Das Jahr 1911 scheint als Kampfjahr seinen Vorgänger ausstechen zu wollen. Die Zahl der gleichzeitig ausgebrochenen Riesenkämpfe war kaum je so groß wie jetzt. In der Metallindustrie sind augenblicklich, neben zahlreichen Einzelkämpfen in einer Reihe von Verbänden größere Aussperrungen vorgenommen oder doch angedroht. In Bayern bildete ein Streik in der Nürnberger Blechspielwarenindustrie den Anlaß zu einer Aussperrungsdrohung des Verbandes bayerischer Metallindustrieller. Die Arbeiter beantworteten die Drohung mit der Erklärung, daß sie auf eine Aussperrung von 60 Prozent in den allgemeinen Streik eintreten würden. — In Thüringen kam es gleichfalls aus Anlaß lokaler Streiks zu einer allgemeinen Aussperrung, über deren Umfang noch keine genauen Mitteilungen vorliegen. Aussperrungsfieber Anlaß wo[illegible] Streik in [illegible] fabriken, an dem ca. 450 Arbeiter beteiligt waren. Als eine Aussperrung von weiteren 600 Arbeitern nicht half, beschlossen die Unternehmer, 60 Prozent aller in Leipzig beschäftigten Arbeiter auszusperren. Der Beschluß kam aber nicht voll zur Ausführung. Statt der geplanten 12 000 wurden nur etwa 6600 Arbeiter ausgesperrt. Darauf hat das Kartell des sächsischen Bezirksverbandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in einem Anschlag in den Betrieben mitgeteilt, daß am 26. August 60 Prozent der Gesamtbelegschaft der kartellierten Verbände ausgesperrt würden, wenn bis dahin in Leipzig eine Einigung nicht erzielt sei. Charakteristisch ist, daß der Verband der Metallindustriellen die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband ablehnt und direkte Verhandlungen zwischen den einzelnen Betriebsleitungen und den Arbeitern fordert. Der Zweck dieser Uebung ist sehr durchsichtig. Daß selbst bürgerliche Blätter in dem Vorgehen des Unternehmerverbandes ein Haar finden, zeigt ein Artikel im „Berliner Tageblatt", in dem es heißt:

> **Man kann es ruhig aussprechen, daß sich die Lohnkämpfe in der sächsischen und thüringischen Metallindustrie sehr wohl hätten vermeiden lassen, wenn die sächsischen Metallindustriellen [illegible] grundsätzlich abgelehnt hätten, mit dem Verbande der Metallarbeiter überhaupt zu verhandeln.** Der Metallarbeiterverband hat bereits im Mai den Abschluß eines neuen Lohntarifs angeregt. **Daß bei der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel und der Wohnungsmieten diese Forderungen nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden konnten, das sahen auch die Metallindustriellen ein, um so mehr, als sie sich gegenwärtig in einer Zeit der Hochkonjunktur befinden,** wie sie seit einer ganzen Reihe von Jahren gerade für die Metallindustrie nicht mehr dagewesen ist. **Aber der Grundsatz, daß der Industrielle Herr im Hause sein und bleiben müsse, spukt nun einmal noch allzusehr gerade in den Köpfen der Metallindustriellen.** So bestritten sie zwar nicht die Berechtigung höherer Lohnforderungen, aber sie lehnten es ab, mit dem Verbande zu verhandeln Sie wollten nur mit den Arbeitern ihrer eigenen Betriebe sich auseinandersetzen. **Das ist ein[illegible] der Parität, da ja auch der Verband der Metallindustriellen** solidarisch vorgeht und auch allgemeine Abwehrmaßregeln gegen die Forderungen der Arbeiter durch die generelle Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiter ergreifen zu müssen glaubte.

Ueber die Wirkung der angedrohten Aussperrung schreibt dasselbe Blatt:

> Wir haben bei solchen und ähnlichen Lohnstreitigkeiten immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Industriellen in einem folgenschweren Irrtum befinden, **wenn sie glauben, mit derartigen Aussperrungen die Arbeiterorganisationen sprengen zu können.** Deshalb können wir auch diesmal nur darauf aufmerksam machen, **daß mit solchen Gewaltmitteln das Gegenteil der gewünschten Wirkung erreicht wird. Die Arbeiter werden durch das Mittel der Aussperrungen nur in die Organisationen hineingetrieben. Schon aus diesem Grunde muß man vor seiner Anwendung warnen.**

Besonders der Schlußsatz zeigt, daß nicht die Sorge um die Arbeiter dem Warner im „B. T." die Feder führt. Sonst würde er nicht die Aussperrungen ausgerechnet deshalb verwerfen, weil sie die Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen stärken. Denn das ist für die Arbeiter gerade die beste Seite der Aussperrungstaktik des organisierten Unternehmertums. Aber die in ihre Aussperrungswut verrannten Unternehmer werden sich durch den Rat ihrer wohlmeinenden Freunde nicht von ihren brutalen Maßnahmen abbringen lassen, sie müssen durch Erfahrung klug werden.

— **Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier,** an dem unser Verband mit einigen hundert in Nebenbetrieben der Bergwerke beschäftigten Mitgliedern beteiligt war, ist nach vierzehnwöchiger Dauer abgebrochen worden. Eine Delegiertenkonferenz legte den Versammlungen in einer Resolution die Gründe für einen Abbruch des Kampfes vor und die Versammlungen stimmten dem Abbruch, allerdings nicht ohne eine erhebliche Opposition, zu In der vorgelegten Resolution heißt es u. a.:

„Wenn der Kampf aufgegeben wird, so geschieht dieses nicht, weil die am Kampfe beteiligten Organisierten nicht mehr in der Lage sind, die Mittel für die kämpfenden Arbeiter aufzubringen, sondern der Beschluß ist von der Erkenntnis getragen, daß die Bergwerksbesitzer nur dann zum Abschluß von Tarifverträgen zu bewegen sind, **wenn das Kampfesgebiet ausgedehnter und die Zahl der am Kampfe beteiligten Arbeiter eine viel größere ist.** Die Konferenz richtet darum an alle Braunkohlenarbeiter Deutschlands den dringenden Appell, überall in eine energische Agitation zur Werbung von Mitgliedern für die Arbeiterorganisationen einzutreten, um die Vorbedingungen für einen erneuten und umfangreicheren Kampf für das Arbeiterrecht zu schaffen." Wenn die Arbeiter des Reviers der hier niedergelegten Aufforderung nachkommen, werden spätere Kämpfe weniger langwierig sein und Erfolge bringen.

— **Ein allgemeiner Streik im Londoner Hafen.**

Ein Streik, der von gewaltigem Einfluß auf das gesamte Londoner Wirtschaftsleben ist, der sich auch in deutschen Häfen stark fühlbar machte, war im Londoner Hafen ausgebrochen. Die Docker, Kohlenbunkerleute, Leichterschiffer, Stauer und Fuhrleute hatten die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderungen auf Erhöhung der Stundenlöhne und Bezahlung der Pausen nicht bewilligt wurden. Die Folgen des Streiks machten sich bald stark fühlbar. Eine ganze Anzahl eingelaufener Schiffe konnten nicht ausgeladen werden und für Abfahrt bestimmte Schiffe warteten auf ihre Ladung. Große Massen von Lebensmitteln, namentlich gefrorenes Fleisch, lagen in den Schiffen und harrten der Ausladung. Der Hafenverkehr stand fast völlig still. Aus allgemeinen Gesundheitsrücksichten hatten die Streikenden beschlossen, die folgenden Arbeiten nicht einzustellen: die Beförderung von Eis für Krankenhäuser, die Wegschaffung von faulenden Abfällen, die Aufrechterhaltung des Londoner Kanalisationssystems und die Versorgung von Wasserbarken mit frischem Wasser.

Die vom Handelsamt eingeleiteten Verhandlungen brachten den streikenden Arbeitern einen vollen Erfolg. Am 12. August konnte das Streikkomitee den Kampf für beendet erklären. Dieser Sieg der Arbeiter ist im letzten Grunde auf den im Vorjahr erfolgten Zusammenschluß der verschiedenen selbständig organisierten Arbeitergruppen des Hafens zu einem allgemeinen Transportarbeiterverband zurückzuführen. Nur dadurch war eine einheitliche geschlossene Aktion möglich, ohne die der Kampf kaum einen so günstigen Ausgang genommen hätte.

Korrespondenzen.

Aschersleben. Schon seit Anfang dieses Jahres war es uns unmöglich, eine Mitgliederversammlung ohne persönliche Streitigkeiten abhalten zu können. Deshalb wird die Zahl der Versammlungsbesucher ständig geringer. Die Ursache dieses Uebelstandes war uns nicht unbekannt; die Verwaltung mahnte fortgesetzt zur ruhigen und sachlichen Diskussion. Kollege Bauer setzte seine seit Jahresanfang betriebenen persönlichen Streitigkeiten trotz aller Ermahnungen hartnäckig fort. Gegen die Verwaltung der Zahlstelle erhob er wegen der Bewegung der Gußputzer und Hilfsarbeiter die heftigsten und unberechtigsten Vorwürfe. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit, ganz gleich an welchem Ort und zu welcher Stunde, äußerte sich Bauer in gehässiger Weise über die Verwaltungsmitglieder. Zuletzt ging er so weit, dem ersten Bevollmächtigten vorzuwerfen, er hätte vor der Gußputzerbewegung nicht nach Hannover geschrieben. Eine eingesetzte Beschwerdekommission zog Erkundigungen beim Zentralvorstand ein, diese fielen zuungunsten des pp. Bauer aus. In der am 5. August tagenden Versammlung wurde Bauer aufgefordert, die fraglichen Aussagen zu widerrufen. In herausfordernder Weise verweigerte er den verlangten Widerruf. Der bis jetzt so mühsam zurückgehaltene Unwille gegen Bauer brach nun aus. Als Bauer trotz wiederholter Aufforderung, seine Aeußerungen zurückzunehmen, auf seinem verneinenden Standpunkte stehen blieb, wurde er auf Antrag aus der Mitte der Versammlung einstimmig ausgeschlossen. — Wir haben die feste Ueberzeugung, daß nun unsre Versammlungen sich besser und würdiger gestalten. Wenn ein Kollege sich zu einer Kritik berechtigt glaubt, so soll derselbe sachlich bleiben, der Erfolg wird alsdann für den Kritiker um so größer sein. Die Kollegen aber fordern wir nun auf, die Versammlungen rege und vollzählig zu besuchen, denn diese sind die Stätte, wo wir uns bilden und belehren können; beides tut uns sehr not.

Dessau. Eine Versammlung der Tapetendrucker fand am Sonntagmittag im „Tivoli" hierselbst statt. Diese war einberufen worden durch die Vertreter des [illegible] Verbandes der Tapeten-, Wachstuch-

und Linoleumdrucker Deutschlands. Die Mitglieder dieses Verbandes, Fritz Knabe-Leipzig und Max Winkler-Berlin, waren erschienen, um mit warmen Worten ihre Organisation als Allheilmittel gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu empfehlen. Der Referent Winkler schilderte die Anfänge der Tapetendruckerorganisation, die zuerst im Jahre 1891 mit den Formstechern erfolgte. Später fand die Vereinigung mit dem Verbande der Lithographen und Steindrucker statt. Auch der Fabrikarbeiterverband habe die Organisierung der Tapetendrucker betrieben. Durch diese Zersplitterung seien die Interessen der Tapetendrucker nicht gewahrt worden. Da auch später, und vor allen Dingen auf der vorjährigen Konferenz, die Wünsche der Tapetendrucker nicht beachtet worden seien, habe man zur Gründung einer eigenen Organisation schreiten müssen. Nur diese sei in der Lage, die Interessen der Tapetendrucker wahrzunehmen.

In der darauffolgenden Debatte wurde von den Kollegen Linke und Haase vom Fabrikarbeiterverband sowie von dem Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker festgestellt, daß dieser Organisation jede Existenzberechtigung fehle, daß sich die Gründer außerhalb des Rahmens der Bestrebungen der freien Gewerkschaften gestellt haben und daß sie nur dazu beitragen, die wirtschaftliche Macht der Arbeiter in der Tapetenindustrie zu schwächen. Es ist und bleibt eine Sonderorganisation, die ja auch niemals von den Zentralverbänden und der Generalkommission anerkannt werde. Entgegen der Zentralisation, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Notwendigkeit ist, wird hier die Zersplitterung der Kräfte mit Nachdruck betrieben. Das ist nur zum Schaden der in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter. Nachdem die Generalkommission und die Zentralvorstände der beteiligten Gewerkschaften beschlossen hatten, daß der Fabrikarbeiterverband die zuständige Organisation für die Tapetendrucker sei, hätten auch die Gründer dieser Sonderorganisation als Gewerkschaftler die Pflicht gehabt, mit aller Energie für die Organisierung der Berufskollegen in der zuständigen Organisation zu arbeiten. Nur dann sei es möglich, die Interessen der Tapetendrucker wirksam vertreten zu können. Im wirtschaftlichen Kampf ständen ja noch 2 200 000 organisierte Arbeiter hinter ihnen. Durch die Sonderorganisation stehen sie isoliert da, haben keine Macht und keinen Einfluß und außerdem fehlt ihnen die Sympathie der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Die Arbeiter der Tapetenfabriken müssen dringend davor gewarnt werden, den Lockungen des Referenten zu folgen.

Der Referent versuchte nach jedem Redner sich zu rechtfertigen, was ihm jedoch nicht gelungen sein dürfte. Er verwickelte sich auch dabei mit seinen ersten Ausführungen in Widersprüche, die er jedoch wieder abzustreiten versuchte. Das Ergebnis dieser Versammlung war für die Sonderorganisation ein negatives, und es ist nur zu wünschen, daß die Tapetendrucker alles daransetzen, um ihre Arbeitskollegen für die allein zuständige Organisation, den Fabrikarbeiterverband, zu gewinnen.

A. L.

Gegnerische Gewerkschaften.

In tödlicher Verlegenheit.

Unsre Ausführungen über die Aschaffenburger Krebse in Nr. 29 des „Proletariers" scheinen unsern frommen Brüdern äußerst schwer auf die Nerven gefallen zu sein. In mehr als vier Spalten sucht die „Gewerkschaftsstimme" den Nachweis zu führen, daß der „Geist" des hl. Johannes (Wolf) sie noch immer nicht verlassen hat. Wir haben das nie bezweifelt, hätten den neuen Beweis also gar nicht gebraucht. Wenn das Aschaffenburger Weltblatt unsern Feststellungen nichts entgegenzusetzen hat, als einige Verlegenheitsausflüchte, und auf unsre sachlichen Darlegungen nur mit leeren Phrasen und schnoddrigen Redensarten erwidern kann, so kennzeichnet es damit nur die Schwäche der eigenen Stellung.

Ueber unsern Nachweis, daß die Mitgliederzahl des christlichen Verbandes in fünf Jahren um ganze 370 gestiegen ist, sucht es mit dem unwesentlichen und ganz unkontrollierbaren Einwand wegzukommen, daß der Verband „durch Abtretung an andre Bruderverbände über 9000 Mitglieder eingebüßt" hätte. Das ist selbst dann keine Korrektur unsrer Feststellung, wenn es wahr ist; woran zu zweifeln wir alle Ursache haben. Es sei denn, daß das Blatt auch unsern Verband und andre freie Gewerkschaften unter die Bruderverbände einreiht, an die „Mitglieder abgetreten" wurden.

Originell ist die Art, wie das Blatt unsre Feststellung, daß die Ausgabe für Agitation in dem christlichen Verband im Verhältnis zur Mitgliederzahl fast zehnmal so hoch ist wie bei uns. Es addiert die Zahl unsrer Beamten, multipliziert die erhaltene Zahl mit einem angenommenen Durchschnittsgehalt und verkündet dann triumphierend, daß die so herausgerechnete Summe höher sei als die von uns als für Agitation verausgabt angegebene. Wir gestehen offen, daß wir ein ähnliches Maß von, na, sagen wir einmal Naivität, in einem Gewerkschaftsblatt noch selten oder nie gefunden haben. Wenn irgendein Reichsverbandsjünger, der die Gewerkschaften nur dem Namen nach kennt, eine ähnliche Rechnung aufmacht, kann man das verstehen, wenn aber ein Gewerkschaftsblatt so grunddumm rechnet, fühlt man sich wirklich versucht, ein Scherflein zu einem Eisbeutel beizusteuern. Ob denn die Redaktion der „Gewerkschaftsstimme" wirklich nicht weiß, daß die Mehrzahl der Beamten eben nicht für die Agitation, sondern für die Verwaltung angestellt ist? Ein Blick in die eigene Abrechnung hätte sie darüber belehren müssen. Darin steht groß und deutlich, daß der christliche Verband neben den Kosten für die Agitation noch 11030 Mk für Gehälter ausgegeben hat. Und sind nicht auch von den 37 988 Mk., die den Zahlstellen überwiesen wurden, noch Gehälter für die Verwaltung größerer Zahlstellen gezahlt worden? Wahrscheinlich doch! Die Hauptleitung des christlichen Verbandes täte also gut, ihrem Redakteur erst einmal die Kentnis der allereinfachsten gewerkschaftlichen Dinge beizubringen, damit er nicht eine so jungenhafte Beweisführung kritiklos aufnimmt. Wir nehmen immer an, daß nur die Unkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts die Aufnahme einer so unsinnigen Berechnung möglich machen konnte. Denn die Dinge kennen und doch eine solche Berechnung aufmachen, dazu gehört ein so großes Maß von Unehrlichkeit und jesuitischer Verschlagenheit, daß wir die Unerfahrenheit als mildernden Umstand in Rechnung setzen müssen.

Die fromme Vettel stellt dann noch die Frage, wo wir die Prozente für die Einkassierer usw. verbuchen. Auch diese Frage verrät eine geradezu [illegible] Unkenntnis gewerkschaftlicher Angelegenheiten und der gewerkschaftlichen Rechnungsablage. Ein einziger Blick in unsre Jahresabrechnungen müßte dem Frager die Antwort geben. Denn da steht groß und deutlich verzeichnet, welche Summen den Zahlstellen von den eingekommenen Summen verblieben sind. Und wenn der Frager die Abrechnung des eigenen Verbandes durchsieht, wird er dort die gleiche Rubrik finden. Wir können also unsre oben ausgesprochene Mahnung nur wiederholen.

Wenn dann der Artikel der „Gewerkschaftsstimme" die mit Zahlen belegten Angaben über unsern Vermögensbestand mit dem Hinweis auf gelegentliche Aeußerungen eines Mitgliedes, die überdies sachlich unsern Feststellungen gar nicht widersprechen, widerlegen will, so ist das ein so kindliches Beginnen, daß wir nur ein bedauerndes Lächeln dafür übrig haben. Auch der Hinweis darauf, daß wir bei Lohnbewegungen schon abgebrochen haben, verrät ein recht geringes Maß gewerkschaftlicher Einsicht. Wir werden immer und überall von einem Streik abraten, wenn er uns aussichtslos erscheint — ganz gleich, ob wir zwei oder zehn Millionen Mark im Vermögen haben. Wenn es bei den Aschaffenburgern anders ist, so [illegible] uns das leid. Irgendwelche Konferenzen wird diese andre — aller gewerkschaftlichen Taktik hohnsprechende — Auffassung der Aschaffenburger Verbandsfirmen allerdings schon deshalb nicht haben, weil der christliche Dalles sie zwingt, jeden Streik, und sei er noch so berechtigt, aus dem Wege zu gehen.

Polizei und Gerichte.

§ Was ist ein „ungewöhnliches" Leichenbegängnis?

Der § 9 des „liberalen" Vereinsgesetzes bestimmt, daß „gewöhnliche Leichenbegängnisse" einer Anzeige oder Genehmigung nicht bedürfen. Damit ist gleichzeitig bestimmt, daß für „ungewöhnliche" Begängnisse die Anmeldung vorgeschrieben ist. Die Tücke des Paragraphen liegt darin, daß er gar nichts darüber sagt, was denn eigentlich „ungewöhnlich" ist. Polizei und Behörden füllen nun diese Lücke „nach pflichtgemäßem Ermessen" aus. Selbstverständlich [illegible] daß die Reaktionäre ihre helle Freude daran haben. So wird ein „ungewöhnliches" Leichenbegängnis angenommen, wenn mit dem Leichenbegängnis zugleich „eine politische Demonstration bezweckt" war, und regelmäßig, wenn ein Nichtgeistlicher eine Rede am Grabe gehalten hat. Dabei hat man in jeder den Gefühlen Ausdruck gebenden, wenn auch nur halblauten Aeußerung (z. B. „möge dir die Erde leicht sein", „im Namen der usw. widme ich dir diesen Kranz") eine „Rede" erblickt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß dem Geschäftsführer unsrer Zahlstelle Schönebeck, Senfkeil, eine Geldstrafe von 10 Mk. zudiktiert wurde, weil er am 8. März 1911 am Grabe eines verstorbenen Kollegen einen Kranz niedergelegt hatte mit den Worten: „Gewidmet vom Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Schönebeck." Gleichzeitig erhielt ein Vertrauensmann der Partei dieselbe Strafe, weil er einen Kranz im Namen des Sozialdemokratischen Wahlvereins niedergelegt und dabei eine ähnliche „Rede" gehalten hatte wie der Kollege Senfkeil. Jedoch mit dem Nachsatz: „An dir nehmen wir uns ein Beispiel."

Gegen das Urteil legten beide Sünder Berufung ein. Das Landgericht verwarf die Berufung des Vertrauensmannes der Partei, sprach aber den Kollegen Senfkeil frei. Begründend wurde ausgeführt, daß die Ausführungen des Angeklagten Senfkeil eine politische Demonstration nicht bezweckt hätten, sondern nur zu erkennen geben sollten, daß eine größere Gemeinschaft, der der Verstorbene angehörte, den Kranz gestiftet habe. Dagegen trügen die Ausführungen des Vertreters der sozialdemokratischen Partei, wenigstens der letzte Satz, eine „stark politische Färbung" und sie hätten dem Leichenbegängnis den Charakter des Ungewöhnlichen gegeben. — Es ist demnach nicht erlaubt, ohne polizeiliche Genehmigung zu erklären, daß man sich einen Verstorbenen zum Beispiel nehmen will. Wenigstens dann nicht, wenn der Verstorbene ein Sozialdemokrat war. —

Rundschau.

Ein Urteil über Arbeiterausschüsse ohne gewerkschaftliche Organisation.

Gelegentlich des Straßburger Straßenbahnerstreiks, der nach anderthalbtägiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Streikenden endete, fanden vor dem Straßburger Bürgermeisteramt unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schwander Verhandlungen statt, an denen außer der Streikleitung und der Straßenbahndirektion auch ein Mitglied des Aufsichtsrates, Direktor Löwe vom Straßburger Elektrizitätswerk, teilnahm. In bezug auf die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation führte Herr Löwe aus, daß er mit der Organisation in seinem Betriebe nur gute Erfahrungen gemacht hätte. Der vordem im Betriebe bestandene Ausschuß, hinter dem der Verband nicht gestanden sei, habe gar keinen Wert gehabt. Erst nachdem der Verband selbst im Ausschuß mitwirkte, würde positive Arbeit geleistet. Derselbe Herr hat früher einmal den Ausspruch getan, daß derjenige Arbeiter ein erbärmlicher Feigling sei, der sich unter den heutigen Verhältnissen seiner gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließt. Daß er dabei nicht etwa eine christliche Organisation oder gar einen gelben Verein im Auge hatte, beweist am deutlichsten die Tatsache, daß in der betreffenden Verhandlung für den Straßenbahnbetrieb als zuständige Arbeiterverbände der Deutsche Transportarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband als berechtigt zu den Verhandlungen im neugewählten Arbeiter- und Bedienstetenausschuß bestimmt wurden. Ein vordem bestandener Ausschuß, der sich der Direktion gegenüber als mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden erklärte, mußte seine Wirksamkeit einstellen.

Im gleichen Sinne wie Herr Löwe sprach sich Bürgermeister Dr. Schwander aus, der darauf hinwies, daß für die städtischen Betriebe in Straßburg ebenfalls Arbeiterausschüsse gewählt seien, bei denen die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen mit zur Beratung herangezogen würden. Wir registrieren diese Tatsachen in der Erwartung, daß manche rückständige Stadtverwaltung gleichfalls den gewerkschaftlichen Verbänden etwas mehr Anerkennung zuteil werden läßt und nicht die gelben Arbeiter- und Bedienstetenvereine direkt züchtet, wie es mancherorts geschieht.

Deutschlands Außenhandel mit Farben und Farbwaren hat sich seit 1908 bezw. 1909 kräftig gehoben. Auch das erste Halbjahr 1911 brachte eine erhebliche Zunahme der Ein- und Ausfuhr. Die Einfuhrmenge stieg von 353 693 Doppelzentner im ersten Semester 1910 auf 370 861 Doppelzentner im laufenden Jahre. Dem Werte nach bedeutet dies eine Steigerung von 9,54 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark. Die Ausfuhr belief sich auf 1 057 162 Doppelzentner, das sind 94 798 Doppelzentner mehr als im Vorjahre. Der Wert betrug 123,34 Millionen Mark gegen 118,97 Millionen Mark in den ersten sechs Monaten 1910. Die Bewegung der Ein- und Ausfuhrmenge in Doppelzentnern veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

	1907	1908	1909	1910	19011
Einfuhr	319 029	314 153	310 991	353 693	370 861
Differenz		— 4 876	— 3 162	+ 42 702	+ 17 168
Ausfuhr	898 602	810 558	863 833	962 364	1 057 162
Differenz		— 88 044	+ 53 275	+ 98 531	+ 94 798

Die kräftigste Zunahme der Ein- und Ausfuhr brachte das Jahr 1910. Besonderes Interesse verdient die Ausfuhr von Anilin und andern Teerfarbstoffen. Sie stieg von 242 474 Doppelzentner im ersten Semester 1910 auf 263 248 Doppelzentner im laufenden Jahre. Dem Werte nach ergibt sich jedoch eine ansehnliche Abnahme. Die vorjährige Ausfuhr repräsentierte einen Wert von 61,10 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1911 ging er jedoch auf 58,08 Millionen Mark zurück. Es erscheint zweifelhaft, ob die Erklärung hierfür vorwiegend in Preisreduktionen oder in dem gesteigerten Absatz geringwertiger Produkte zu suchen ist. Der Hauptabnehmer waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit 61 177 Doppelzentner. Dann folgen Großbritannien mit 50 528 Doppelzentnern und Oesterreich-Ungarn mit 26 099 Doppelzentnern. Japan bezog 19 486 Doppelzentner, d. h. 9137 Doppelzentner mehr als im Vorjahre. Nach Italien wurden 18 833 Doppelzentner, nach China 17 973 Doppelzentnern und nach Britisch Indien 12 619 Doppelzentner ausgeführt. Der Export nach Frankreich ist von 6 538 Doppelzentner auf 5 432 zurückgegangen. Nach Belgien wurden 9 373 Doppelzentner ausgeführt.

o.

Wer ist schuld daran?

In Wesel erschoß sich am 2. August der Hilfsweichensteller Rudolf Polorny, Bruder unsres Genossen Franz Polorny in Düsseldorf. In die Partei trat Rudolf Polorny unter dem Sozialistengesetz im Jahre 1887 in Gelsenkirchen ein, und seine rührige Tätigkeit für die Partei, später auch für die Gewerkschaft, ist älteren Parteigenossen noch in lebhafter Erinnerung. Auch als er aus Gesundheitsrücksichten 1895 zum Eisenbahndienst überging, blieb er mit den alten Pionieren der Parteibewegung im Ruhrbecken in ständiger Fühlung, wenn er auch infolge seiner neuen Stellung keine Parteiagitation mehr entfalten konnte. Doch sein Verhältnis zu den Parteifreunden genügte, daß sich im vergangenen Jahre ein Denunziant fand, und Polorny infolge dieser Denunziation von Wanne nach Venlo an der holländischen Grenze strafversetzt wurde mit einer Gehaltsreduktion von 60 Pf. täglich. Auf Beschwerde hin wurde ihm seitens der königl. Eisenbahndirektion folgendes geantwortet:

Essen, den 25. Juni 1910.

Ihrem an die Betriebs-Inspektion 4, Essen, gerichteten, an uns zur Entscheidung vorgelegten Antrage auf Fortgewährung des früher in Wanne bezogenen Lohnsatzes kann nicht entsprochen werden. Ihre Ueberweisung nach Venlo ist erfolgt, weil Sie auf Grund gegen Sie erhobener Beschuldigungen und der sich daran anschließenden Erhebungen dringend verdächtig sind, sich in Wanne von ordnungsfeindlichen Bestrebungen nicht ferngehalten zu haben. Wenn wir von Ergreifung der strengsten Maßregeln gegen Sie Abstand genommen haben und Ihnen durch Ihre Versetzung in neue Verhältnisse Gelegenheit gegeben, sich dort von dem auf Ihnen ruhenden Verdacht zu befreien, so ist dies nur mit Rücksicht auf Ihre bisherige einwandfreie Dienstführung geschehen. Sie erhalten in Venlo den für die dortige Dienststelle vorgesehenen Höchstlohn für Hilfsweichensteller. Ueber diesen hinauszugehen, kann nach Lage der Sache nicht in Frage kommen.

(Folgen-Unterschriften.)

In Venlo brach die Gesundheit Polornys zusammen. Die schlechten Wohnungsverhältnisse und die Strafversetzung brachten P. soweit, daß er sich für fünf Monate ins Krankenhaus zu Venlo begeben mußte und hier wochenlang in Lebensgefahr schwebte. Noch nicht von seiner Krankheit genesen, wurde er nach Wesel versetzt. Polorny verlangte leichteren Dienst, da er dem Posten, an die man ihn stellte, nicht mehr gewachsen war. Er mußte feiern. Ein Arzt schrieb ihn gesund, der andre krank. Auch ein infolge der langen Krankheit gestelltes Unterstützungsgesuch hatte keinen Erfolg. So kam es, daß er seinem Leben ein Ende machte. In einem Brief an seinen Bruder hat er die Gründe noch einmal dargelegt, die ihn zu seinem Vorhaben gezwungen haben.

Der Verbandskalender

für das Jahr 1912 ist erschienen und zum Preise von 50 Pf. zu beziehen. Die Zahlstellen wollen ihre Bestellungen bis spätestens 15. September aufgeben.

Der Kalender ist reichhaltig und zweckentsprechend ausgestattet, weshalb die Anschaffung jedem Mitgliede zu empfehlen ist. Aus dem Inhalt sei einiges herausgegriffen:

Arbeiterversicherung (Reichsversicherungsordnung).
Adressen, die wichtigsten aus der Arbeiterbewegung.
Armenunterstützung und Reichstagswahlrecht.
Armenrecht, wie verschafft man sich dasselbe.
Bevölkerungsstatistik.
Christliche Gewerkschaften im Jahre 1910.
Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1910.
Formular betreffend Aufnahme in einen Staatsverband.
Fürstenlöhne.
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften im Jahre 1910.
Jahresstatistik des Verbandes.
Invalidenkarte, Rechtsweg bei Einbehaltung.
Mietvertrag, Unterschrift der Ehefrau.
Ortsüblicher Tagelohn, dessen Bedeutung.
Pfändung, was darf gepfändet werden.
Unfallstatistik. — Sicherung der Ansprüche bei Unfällen.
Vereinsgesetz.
Wahlgesetz für den deutschen Reichstag mit Reglement.
Wert, Mehrwert, Arbeitskraft, Kapital. Eine Abhandlung mit drei erläuternden Tabellen.

Das Inhaltsverzeichnis ist alphabetisch geordnet und somit das Nachschlagen erleichtert.

Verbandsnachrichten.

Vom 3. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Grimma 200,—. Geithain 80,05. Stettin 2500,—. Dessau 1500,—. Tangermünde 1000,—. Freiburg 280,57. Wittenberg 200,—. Schwaan 400,—. Bützow 400,—. Stade 100,—. Bernburg 10,50. Rostock 1,80. Celle 1,—. Nordhalben —,35. Jatznick 496,45. Bietigheim 109,31. Alzey 12,65. Plauenscher Grund 3,—. München 6000,—. Bernburg 1000,—. Elbing 800,—. Pinneberg 250,—. O. F. 7,—. Ottweiler 1,—. Plauenscher Grund 2000,—. Blankenburg 300,—. Neuhaldensleben 220,—. Aue 200,—. Mügeln b. Dr. 19,50. Harsum 1,80. Vetschau 200,—. **Oldesloe** 200,—. Leisnig 200,—. Ueckermünde 84,39. Fürth 15,50.

Schluß: Montag, 14. August, mittags 12 Uhr.

A. Niemeyer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1911 haben eingesandt:

Alzey, Geithain, Ellrich, Bietigheim, Ueckermünde.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Aalen in Württemberg. Gau 11. Wilhelm Sauter, Storchenstraße 6.
Apenrade. Hermann Nagott, Gildenstraße 14.
Helmstedt. Karl Abraham, Maibohmstraße 5, 1. Et.
Karlsruhe. Geschäftsführer Leopold Karle, Karlsruhe-Mühlburg, Bachstraße 58, 1. Et.
Oldesloe. H. Feddern, Papierfabrik Oldesloe.
Oeslau-Mönchroden (Gau 8). Ernst Sommer, Oeslau bei Koburg Nr. 144.
Puppen, Ostpreußen (Gau 5). Karl Hannemann.
Bietz. Unterstützung bei Paul Rudolf, Mühlenstraße 49. Abends 1/2 7 bis 1/2 8 Uhr.
Weißenbrunn bei Kronach. Hans Seitz. Nr. 2.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher.

Buch-Nr. 334 455 für Franz Kaspar, eingetreten am 4. August 1908 in Bergedorf.
Buch-Nr. 321 427 für Otto Mettschies, eingetreten am 11. Juni 1908 in Harburg.
Buch-Nr. 385 702 für August Hausmann, eingetreten am 1. Januar 1910 in Essen.
Buch-Nr. 365 182 für Johann Brunner, eingetreten am 2. Mai 1909 in Schwabach.
Buch-Nr. 371 625 für Johann Meier, eingetreten am 16. Oktober 1909 in Mannheim.
Buch-Nr. 238 135 für Johann Scheuermann, eingetreten am 28. April 1907 in Frankfurt.
Buch-Nr. 282 646 für Karl Seng, eingetreten am 20. August 1907 in Nürnberg.
Buch-Nr. 299 019 für Joseph Hoffstetter, eingetreten am 22. November 1907 in München.
Buch-Nr. 181 679 für Thomas Schober, eingetreten am 26. Mai 1906 in Freising.
Buch-Nr. 369 863 für Georg Adler, eingetreten am 24. Oktober 1909 in Altwasser.

Karten.

Karten-Nr. 188 301 für Hugo Ernst, eingetreten am 19. Juni 1911 in Hannover.
Karten-Nr. 113 703 für Theodor Maurer, eingetreten am 22. September 1910 in München.
Karten-Nr. 127 458 für Joseph Gebhart, eingetreten am 28. Januar 1911 in Regensburg.
Karten-Nr. 126 294 für Wilhelm Joos, eingetreten am 18. September 1910 in Stuttgart.
Karten-Nr. 182 660 für Joseph Hartrumpf, eingetreten am 7. Mai 1911 in Dresden.
Karten-Nr. 137 395 für Karl Warschkow, eingetreten am 13. Dezember 1910 in Oranienburg.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen:

Mutterstadt: 5 Pf. pro Mitglied und Woche.
Weißenfels: 10 Pf. pro Mitglied und Woche.

Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie

Preis kartoniert 3 M., gebunden 4 M.

Verbandsmitglieder erhalten das übersichtlich geschriebene Buch zum Preise von 1 M resp. 1.50 M, wenn sie die Bestellung bei der zuständigen Ortsverwaltung aufgeben.

Die Anschaffung des Werkes ist allen Verbandskollegen, besonders aber den in der

chemischen Industrie beschäftigten Arbeitern

dringend zu empfehlen.

Beilage zum Proletarier

Nummer 33 — Hannover, 19. August 1911 — 20. Jahrgang

Chemische Industrie

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1910.

II.

Wir haben im vorigen Artikel in großen Umrissen einen Ueberblick über die fünfundzwanzigjährige Tätigkeit der Berufsgenossenschaft gegeben. Heute unterziehen wir den Jahresbericht 1910 einer allgemeinen Betrachtung.

Die Zahl der versicherten Betriebe ist von 8702 auf 8887 oder um 2,13 Prozent gestiegen, gegen 0,73 Prozent im Jahre 1909. Die Zahl der versicherten Personen stieg von 219 601 auf 230 446 oder um 10 845. Im Jahre 1909 waren 211 830 1910 222 530 Vollarbeiter beschäftigt, das sind absolut 10 700 oder 5,05 Prozent mehr. In dieser Aufwärtsbewegung spiegelt sich die gute Konjunktur wieder, die nach Verlauf der Krisenjahre im Jahre 1909 einsetzte und in dem verflossenen Jahre durchweg angehalten hat.

Die Zunahme der Vollarbeiter verteilt sich auf die Sektionen folgendermaßen:

Sektion	Zahl der Vollarbeit 1910	Zunahme absolut	Zunahme in Proz 1910
I (Berlin)	26 580	483	1,85
II (Breslau)	10 683	126	1,19
III (Hamburg)	37 039	2196	6,30
IV (Köln)	41 293	2080	5,30
V (Leipzig)	36 072	1899	5,56
VI (Mannheim)	30 890	1894	6,50
VII (Frankfurt a. M.)	27 105	1460	5,69
VIII (Nürnberg)	12 868	562	4,57

Der Wechsel der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie war im Jahre 1910 sehr stark. Den 211 830 Vollarbeitern mit je 300 Arbeitstagen jährlich standen 1909 360 161 Einzelarbeiter gegenüber. Es ergibt sich daraus ein Wechsel von 170 Prozent. 1910 stehen den 222 530 Vollarbeitern 397 660 Einzelarbeiter gegenüber, daraus ergibt sich ein Wechsel von 177 Prozent. Die in letzter Zeit gemachten Vorschläge, Arbeitswechsel statt Arbeiterwechsel unter möglichst gleichbleibenden Lohnverhältnissen einzuführen, scheinen auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen, so daß sich bis jetzt nur sehr wenige Unternehmer im äußersten Notfall damit beschäftigt haben, den Gedanken in die Tat umzusetzen. Die Ursachen, die den erheblichen Wechsel herbeiführen, sind unsern Kollegen zur Genüge bekannt, so daß wir auf deren Wiedergabe verzichten können.

Ueber die Summen der gezahlten Löhne und Gehälter entnehmen wir dem Bericht folgendes. Es betrug der Verdienst

der versicherungspflichtigen Arbeiter u. Betriebsbeamten	258 561 556 M.
„ freiwillig versicherten Betriebsunternehmer	577 022 „
„ freiwillig versicherten Betriebsbeamten mit über 6000 Mk. Jahreseinkommen	7 040 204 „
„ freiwillig versicherten Kontorbeamten	5 917 835 „
„ für die Kollektivversicherten in Anrechnung gebrachte Arbeitsverdienst	286 875 „
Mithin der Gesamtarbeitsverdienst rund	272 383 492 M.

Wie hoch der Durchschnittsverdienst in den einzelnen Gruppen ist, zeigt folgende Tabelle, die sich auf 5 Jahre erstreckt. Es betrug der Jahresdurchschnittsverdienst der

im Jahre	freiwillig versicherten Unternehmer M.	freiwillig versicherten Betriebsbeamten mit über 6000 Mk. Jahreseinkommen M.	freiwillig versicherten Kontorbeamten M.	zwangsversicherten Vollarbeit. u. Betriebsbeamten b. 3000 Mk. Jahreseinkommen M.
1906	6 119,45	10 602,89	2 116,99	1 061,20
1907	5 730,52	10 688,10	2 175,90	1 108,37
1908	5 911,—	10 520,54	2 133,70	1 122,91
1909	6 075,65	10 355,76	2 085,24	1 135,13
1910	6 788,50	10 555,03	2 136,40	1 161,91

Prozentual verhält sich die Steigerung folgendermaßen: Der Durchschnittslohn der Unternehmer stieg im letzten Jahre um 11,7 Prozent, der Durchschnittslohn der Betriebsbeamten mit über 6000 Mark Jahreseinkommen 1,9 Prozent, der Durchschnittslohn der Kontorbeamten um 2,4 Prozent, der Durchschnittslohn der Vollarbeiter um 2,3 Prozent. Für sämtliche Beschäftigte konnte ein Durchschnittslohn von 1182 Mk. gegen 1156 Mk. im Jahre 1909 oder eine Steigerung von durchschnittlich 2,2 Prozent errechnet werden. Die höchste Steigerung weist das Einkommen der freiwillig versicherten Unternehmer auf. Keinesfalls kann aber die Summe von 6788,50 Mk. etwa als Durchschnittseinkommen aller Unternehmer der chemischen Industrie betrachtet werden. Sie bezieht sich nur auf 85 kleine Unternehmer. Die Kontorbeamten, die im Jahre 1909 einen erheblichen Rückgang des Durchschnittslohnes zu verzeichnen hatten, sind etwas über den Lohn von 1908 hinausgekommen. Das gleiche trifft auf die Betriebsbeamten mit mehr als 6000 Mk. Einkommen zu.

Einen Ueberblick über die Lohnsteigerungen der Arbeiter und der versicherungspflichtigen Betriebsbeamten bis zu 3000 Mk. Gehalt gibt nachfolgende Tabelle, die nach Sektionen geordnet ist. Es betrug das Durchschnittseinkommen in

Sektion	im Jahr 1909 M.	im Jahr 1910 M.	mithin mehr M.	mehr in Proz
I (Berlin)	1090,67	1116,06	25,39	2,3
II (Breslau)	876,92	891,42	14,55	1,6
III (Hamburg)	1210,80	1241,46	30,66	2,4
IV (Köln)	1201,52	1226,98	25,46	2,1
V (Leipzig)	1062,26	1079,84	17,58	1,7
VI (Mannheim)	1204,90	1228,22	23,32	1,9
VII (Frankfurt a. M.)	1203,43	1243,20	39,43	3,3
VIII (Nürnberg)	924,65	943,19	18,54	2,0
Durchschnitt	1135,13	1161,91	24,36	2,2

Berlin, Leipzig, Nürnberg und besonders Breslau bleiben noch immer erheblich unter dem allgemeinen Durchschnitt von 1161,91 Mark. Schuld daran mag bei den ersten drei Sektionen die erhebliche Beschäftigung von Arbeiterinnen sein; für Schlesien mit seiner chemischen Großindustrie sind die Löhne äußerst niedrig, ja als Jammerlöhne zu bezeichnen.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle stieg von 12 394 auf 13 006 oder um rund 5 Prozent und deckt sich mit der Zunahme der versicherten Personen. Nach Sektionen betrachtet, verteilen sie sich folgendermaßen:

Sektion	Unfälle überhaupt ‰ 1909	Unfälle überhaupt ‰ 1910	Entschädigungspflicht. ‰ 1909	Entschädigungspflicht. ‰ 1910
I (Berlin)	60,53	69,93	8,40	8,38
II (Breslau)	53,02	46,95	9,92	8,50
III (Hamburg)	44,72	44,35	5,71	4,09
IV (Köln)	49,87	49,84	8,06	7,86
V (Leipzig)	62,54	58,16	9,53	8,58
VI (Mannheim)	51,94	47,28	12,11	10,30
VII (Frankfurt a. M.)	77,60	82,29	6,94	7,36
VIII (Nürnberg)	53,52	53,88	7,56	7,55
Durchschnitt	56,44	56,44	8,43	7,71

Die Zahl der Rentenempfänger ging von 13 471 auf 13 344 zurück. Berufungen wurden 1334 gegen 1361 im Jahre 1909 eingelegt. Anerkannt wurden davon 302, abgelehnt 874; anderweitig erledigt 66 und unerledigt blieben 92. Von den seitens der Berufungskläger eingelegten und erledigten Rekursen wurden 1909 11,2 Prozent, 1910 12 Prozent zugunsten der verletzten Kläger erledigt. Die Berufsgenossenschaft erzielte 1909 von den erledigten Rekursen 49 Prozent, 1910 30,5 Prozent Erfolg.

Ueber die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten der Genossenschaft resp. der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist folgendes erwähnenswert: Von 8846 Betrieben wurden 4780 besichtigt. Natürlich ist der Verkehr der Beamten mit den Unternehmern in den meisten Fällen ein beide Teile zufriedenstellender. Geklagt wird über die Arbeiter, die von vielen Schutzvorrichtungen keinen Gebrauch machen, ja, die Kampagnearbeiter sollen sogar alles, was nicht niet- und nagelfest ist, wegreißen. Strenges Vorgehen gegen derartige Uebeltäter wird „oft mit Niederlegung der Arbeit beantwortet". Uns Organisationsfunktionäre will eine derartige Begründung der Beamten, die sie sich von den Unternehmern vorbeten ließen, nicht in den Sinn. Was sollte einen Arbeiter zu solchen Handlungen veranlassen? Wohl ist die Arbeit schon niedergelegt worden, weil es an Schutzvorrichtungen mangelte, aber daß nun auch der umgekehrte Fall eintreten kann, wußten wir bisher noch nicht und glauben es auch nicht, solange nicht die der erhobenen Beschuldigung zugrunde liegenden Tatsachen mitgeteilt werden. Lebhafte Klage führt der Bericht wieder über eine Anzahl Betriebe, in denen keine Besserung zu finden ist. Die Ursache ist vor allen Dingen: Mehrung des Profits oder wie der Genossenschaftsbericht sich ausdrückt: „Dies lag teilweise an der Betriebsleitung, welche naturgemäß in erster Linie auf die Förderung der Fabrikation Bedacht nimmt und dabei andre Bestrebungen als nebensächlich behandelt." Besonders an neuaufgestellten Maschinen fehlen regelmäßig die Schutzvorrichtungen, obgleich solche auf Wunsch mitgeliefert werden können. So fehlen bei Dampfmaschinen die Fußleisten an den Geländern, die ein Ausgleiten des Fußes in das Schwungrad verhindern; Zahnradverkleidungen lassen noch viel zu wünschen übrig; Rührwerke in Bütten sind nicht genügend geschützt; vielfach fehlen an Arbeitsmaschinen die Leerscheiben und an schnellaufenden Mühlenwellen fehlt die Verkleidung der hervorstehenden Enden.

In Seifenfabriken haben angeblich die Arbeiter die angebrachten Schutzvorrichtungen entfernt, trotzdem die Akkordarbeit abgeschafft war. Wahrscheinlich verlangt man von den Pressern trotz Abschaffung der Akkordarbeit eine bestimmte Arbeitsleistung, die sonst nicht fertig zu bringen ist.

In Gummifabriken funktionierte die Momentausrückung öfters mangelhaft. Häufig fehlten die Zentrifugedeckel, an den Aufzügen die Türverriegelungen, ja sogar die Türen selbst; die Zeigervorrichtung war fast nie in Ordnung, die Seile wiesen infolge zu kleiner Trommeln oder weil sie durch Dämpfe oder ätzende Stoffe angegriffen waren, Drahtbrüche auf, welche die Betriebssicherheit in Frage stellen mußten. Fahrstühle, die zur Beförderung stückigen Materials dienen, entbehrten der Drahteinfassung, so daß sich der Aufenthalt in der Nähe des Fahrstuhls als höchst gefährlich erwies. Hubtüren waren öfters durch Festbinden außer Betrieb gesetzt. Häufig wurde eine Ueberlastung von Sicherheitsventilen festgestellt.

Wirtschaftliche Umschau in der chemischen Industrie.

Gute Marktlage. — Kursentwicklung. — Neugründungen und Kapitalerhöhungen. — Internationale Betätigung. — Gute Aussicht. — Karbid-Industrie — Außenhandel.

Die Vorgänge auf der badischen Anilin-Fabrik lenken die Aufmerksamkeit erneut auf die schreienden Mißverhältnisse zwischen Lohn und Unternehmergewinn, die das charakteristische Merkmal der chemischen Industrie bilden. Obwohl diese Industrie den Dividendenrekord hält, zahlt sie jammervolle Löhne. Was speziell die badische Anilin-Fabrik anlangt, so steht sie mit ihren 22, 24 und 25 Prozent Dividenden in den letzten drei Jahren mit an der Spitze der lukrativsten Unternehmen. Aber auch die Gesamtindustrie erfreut sich, mit einzelnen Ausnahmen, die aus besonderen Umständen sich erklären, ganz guter Marktlage und guter Aussichten.

Das kommt zunächst schon in der Kursentwicklung zum Ausdruck. Unter den Aktien der produzierenden Gewerbe halten die der chemischen Unternehmungen den höchsten Stand. Nach der Hälfte aller an der Berliner Börse gehandelten Werte, einschließlich Banken und Versicherungsgewerbe, im Gesamtbetrage von 12 Milliarden Mark, hatten die Aktien der chemischen Industrie einen Durchschnittskurs von 376,61 Prozent; dann folgte in ziemlich weitem Abstande die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit einem Kurs von 240,10 Prozent. In diesen Ziffern prägt sich die hohe Rentabilität der chemischen Unternehmungen aus. Und berücksichtigt man die von der Spekulation der chemischen Industrie erteilte Note, dann ergibt sich für diese wieder ein sehr gutes Prognostikon. Während sich z. B. für die Gesamtheit aller Werte im Vergleich mit dem Vorjahre eine Steigerung von 160,51 auf 162,52, also um nicht ganz zwei Prozent ergibt, zeigt die chemische Industrie eine Avance von 341,64 auf 365,21 oder um 23,57 Prozent. Eine solche Steigerung wäre kaum denkbar, wenn die Gewinnchancen für die Inhaber der Papiere nicht sicher und gut erschienen.

Die sichere Gewinnquelle, in Verbindung mit lockenden Aussichten, kommen im laufenden Jahre auch in einer frisch-fröhlichen Gründungstätigkeit zur Geltung. Der chemischen Industrie drängt sich das profitlüsterne Kapital geradezu ungestüm auf. Das erhellt am deutlichsten aus einer Zusammenstellung über Neuversicherungen und Kapitalserhöhungen, wie wir sie nachfolgend geben. Von den Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. wurden in der Zeit Januar/Mai vorgenommen, in Millionen Mark:

	Alle Gesellschaften zusammen 1910	Alle Gesellschaften zusammen 1911	Gesellschaften der chem. Industrie 1910	Gesellschaften der chem. Industrie 1911
Kapitalserhöhungen	257,5	324,3	1,9	18,5
Neugründungen	257,6	257,0	4,8	11,3
Neuinvestierungen zus.	515,1	581,3	6,7	29,8

Bei sämtlichen Gesellschaften zusammen ist die Summe der Neuinvestierungen nur um 66,2 Millionen Mark oder um dreizehn Prozent gewachsen bei den Gesellschaften der chemischen Industrie jedoch allein um 23,1 Millionen Mark, gleich 330 Prozent. Da kann man gewiß nicht davon reden, daß der chemischen Industrie keine glänzende Zukunft zuerkannt werde. Das ungestüm herandrängende Kapital heischt Gewinn. Nicht zuletzt wirkt das ungünstig auf die Arbeitsverhältnisse ein. Die Werksdirektoren sollen unter allen Umständen auch auf das größere Kapital die gewohnte Gewinnrate herausschlagen, deshalb sucht man, da der Profit vorgeht, an den Arbeitslöhnen zu sparen und zu knappen.

Bei der Gründungstätigkeit geht das Unternehmertum übrigens weit über die Landesgrenze hinaus, es fröhnt dem Internationalismus in ausschweifender Weise. In gewisser Beziehung ist dafür die als „Schutz der nationalen Arbeit" stigmatisierte deutsche Hochschutzzollpolitik verantwortlich zu machen. Als Revanche dafür, daß wir mit unsern Lebensmittelzöllen andern Staaten die Einfuhr von Agrarprodukten in Deutschland erschwerten, errichteten sie deutschen Industrieerzeugnissen Zollschranken an ihren Landesgrenzen. Das veranlaßt die Unternehmer vielfach, in diesen Ländern ihre Fabriken anzulegen: so ersparen sie die Zollasten, und der deutschen Arbeiterschaft geht eine Summe Beschäftigungsgelegenheit verloren. Die internationale Betätigung wird durch folgende Zeitungsmeldung ganz nett illustriert: In der vorigen Woche hat in Ischl eine Verwaltungsratssitzung stattgefunden, in der mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Die Gesellschaft hat die beiden französischen chemischen Fabriken Germain u. Ko in Paris und Tancred in Paris erworben und rekonstruiert. Sie hat für den Betrieb dieser Unternehmungen eine eigene französische Gesellschaft gegründet, an welcher sie sich mit einem entsprechenden Kapital beteiligt. Ferner hat die Gesellschaft eine Interessengemeinschaft mit den russischen chemischen Fabriken gebildet. Endlich hat sie die Fabrik der Münchner Fleischhauer und Gastwirte erworben und ihrem Betriebe angegliedert. Für diese Zwecke wird das Aktienkapital der Scheidemantel-Gesellschaft von acht auf zehn Millionen Mark vermehrt. In der Sitzung wurde berichtet, daß der Geschäftsgang lebhaft sei und die Preise sich gebessert haben, daß der Betrieb jedoch durch das geringere Angebot von Rohmaterialien eine gewisse Erschwerung erfahre.

Man merkt den Jubel über die winkende reiche Ernte. Uebrigens trägt sich auch die badische Anilin-Fabrik mit bedeutenden Erweiterungsplänen. Wie die „Frkf. Ztg." mitteilen konnte, ist zurzeit ein Oberingenieur der genannten Gesellschaft mit Geländebesichtigungen in Düsseldorf, Duisburg und Neuß beschäftigt. Daß die Meldung nicht in der Luft schwebt, beweist die Tatsache, daß die Verwaltung eine in dieser Angelegenheit an sie gerichtete Anfrage dahin beantwortete, sie wolle sich einer Aeußerung hierzu enthalten.

Ein Streiflicht auf die Lage der chemischen Industrie warf die Generalversammlung der Nitritfabrik A. G. in Köpenick. Es wurde verhandelt über die Erhöhung des Aktienkapitals. Ein Aktionär meinte, wenn eine Erhöhung vorgenommen werde, dann sollten die Aktien nicht mit einem hohen Agio ausgegeben werden, denn der Reservefonds betrage schon 20 Prozent des Aktienkapitals, und bei einer Emission mit niedrigem Agio falle den Aktionären ein wertvolles Bezugsrecht zu. Die Aktionäre haben in den letzten Jahren ja auch jedesmal nur 16 Prozent Dividende erhalten, darum hungern sie nach einem Extrahappen. Die Verwaltung will erst später Vorschläge in bezug auf die Kapitalserhöhung machen. Den Geschäftsgang bezeichnete der Vorsitzende als dem vorjährigen gleichwertig. Die Beteiligung der Nitritfabrik an der Dellaroccа, chemische Fabrik A.-G., verspreche für die Zukunft gute Erträgnisse. Auch habe man die Erzeugung neuer Artikel aufgenommen. Damit sei die Stabilität der Dividenden gesichert; vielleicht könne man später sogar noch etwas mehr herausholen. Mein Liebchen, was willst du noch mehr? Für diesmal müßten die Aktionäre sich allerdings wieder mit nur 16 Prozent Dividende begnügen.

Ueber die Verhältnisse in der Karbid-Industrie gibt eine Zuschrift an den „Börsen-Courier" einige ganz interessante Aufschlüsse. Es heißt darin:

„Die Karbid-Industrie ist in relativ kurzer Zeit zu großer wirtschaftlicher Bedeutung gelangt. Es dürften in dieser Industrie in Europa etwa 125 Millionen Mark investiert sein, zum großen Teile deutsches Kapital, auch bei solchen Werken, die nicht in Deutschland selbst gelegen sind. Dies ist begreiflich, da die Karbid-Industrie, ohne der geographischen Grenzen zu achten, in erster Linie sich dort ansiedelt, wo günstige Vorbedingungen und billige Wasserkräfte vorhanden sind, also in Norwegen, in den Alpenländern Oesterreichs und der Schweiz usw. Von allen großen Industrien dürfte die Karbid-Industrie seit ihrem relativ kurzem Bestehen die meisten Schwankungen durchgemacht haben.

Die schwere Notlage der Karbid-Industrie hat schließlich dazu geführt, daß die Werke sich verständigt haben, Produktion, Absatz und Preise gemeinschaftlich zu regulieren. Man kann den Weltkonsum an Karbid auf vielleicht 250 000 Tonnen schätzen, wovon etwa 50 000 Tonnen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die restlichen 200 000 Tonnen auf die übrige Erde entfallen. Diesem Konsum von etwa 200 000 Tonnen (ohne Amerika) steht heute eine Produktionsmöglichkeit von etwa 400 000 Tonnen (wieder ohne Amerika) gegenüber, so daß im Durchschnitt die bestehenden Karbidfabriken mit der Hälfte ihrer Kapazität arbeiten können. — Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Produktionseinschränkung nicht kompensiert werden kann durch eine Steigerung der Verkaufspreise. Eine solche ist seitens des Syndikats durchgeführt in einem Umfange, der den Fabrikanten gerade noch eine bescheidene Rente ermöglicht. Die Syndikatsleitung soll sich als Ziel gesetzt haben, eine langsame Gesundung der Industrie herbeizuführen und Produktions- und Absatzverhältnisse in Einklang zu bringen. Sobald der erhöhte Absatz eine rationellere Ausnutzung der bestehenden Fabrikanlagen gestattet, will man mit einer Ermäßigung der Verkaufspreise vorgehen. Wenn aber das rühige Sanierungswerk der Syndikatsleitung durch Gründung neuer Fabriken gestört wird, so müssen sich die Begründer dieser neuen Fabriken der großen Verantwortung bewußt sein, die sie hierdurch auf sich laden. Es scheint dann unausbleiblich, daß die ganze Industrie in die bisherige Krisis zurückgeworfen und ein neuer Preiskampf hervorgerufen würde, der nicht zuletzt den jungen Werken schwere Verluste eintragen dürfte."

Aus diesen Darlegungen kann man u. a. entnehmen, daß die Preise nicht nach den notwendigen Produktionskosten, sondern nach den Profitbedürfnissen angesetzt werden.

Das Bild des Blühens und Gedeihens, das die chemische Industrie im allgemeinen bietet, gewinnt an Freundlichkeit bei der Betrachtung des Außenhandels. Wer da geglaubt, die enorme Exportsteigerung in den letzten Jahren müsse jetzt zum Stillstand kommen, hat sich geirrt. Es geht immer weiter bergauf! Es wurden nämlich in der Zeit Januar-Juni an chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben und Farbwaren

	eingeführt in Mill. dz	eingeführt in Mill. Mk.	ausgeführt in Mill. dz	ausgeführt in Mill. Mk.
1910	9,9	183	17,4	340
1911	10,2	187	18,3	361

Dem Werte nach ist die Einfuhr um vier Millionen Mark gestiegen; in der Ausfuhr ergibt sich eine Zunahme von 21 Millionen Mark. Für die chemische Industrie herrscht andauernd gute Konjunktur. Das ist einfach nicht zu bestreiten. Nun wird es aber auch die höchste Zeit, daß von dem Segen, der in verschwenderischer Fülle auf die Aktionäre niedergeht, wenigstens etwas für die Arbeiter abfällt.

× **Ueber die Lage der Zündholzindustrie**

schreibt die „Arbeitsmarkt-Correspondenz": Die deutsche Zündholzindustrie liegt gegenwärtig arg darnieder. Sie leidet dauernd unter den verschiedensten Versuchen einiger Staaten, den Massenkonsum von Zündhölzern als staatliche Einnahmequelle zu erschließen. In Deutschland gelangte am 15. Juli 1909 die Zündholzsteuer und der hohe Einfuhrzoll auf Zündhölzer zur Annahme. Die Bestimmungen hinsichtlich der Steuer traten am 1. Oktober desselben Jahres in Kraft. Das Publikum war bestrebt, sich vorher so reichlich wie möglich mit Zündhölzern zu versorgen. Es begann ein wahrhafter Run auf die Warenhäuser. Die einheimische Industrie war aber trotz stärkster Forcierung der Herstellung nicht in der Lage, allen Aufträgen zu entsprechen. Die Einfuhr von Streichhölzern aus dem Auslande stieg ins Ungemessene. Sie betrug in den Jahren 1907 bis 1910 in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910
Einfuhr	6457	3938	67 266	679

Infolge des hohen Zolls und der starken Versorgung im Jahre 1909 ging die Einfuhr im Jahre 1910 auf ein Minimum zurück. Gleichzeitig machten sich aber auch die unheilvollen Folgen der Steuergesetzgebung für die einheimische Industrie bemerkbar. Trotz weitgehender Produktionseinschränkung trat nach dem 1. Oktober 1909 infolge des völligen Verschwindens der Nachfrage ein gewaltiges Anschwellen der Vorräte in den Zündholzfabriken ein. Der gegenseitigen Preisunterbietung der inländischen Fabriken sollte das am 1. April 1910 in Dresden gegründete Deutsche Zündholzsyndikat entgegenwirken. Für die angehäuften Vorräte bot sich bald eine günstige Absatzgelegenheit im Auslande. Oesterreich-Ungarn plante die Einführung eines Zündholzmonopols nach französischem Vorbilde. Nunmehr spielte sich in Oesterreich-Ungarn dasselbe ab, was man vorher in Deutschland erlebt hatte. Es kam zu einer wahren Jagd nach dem Streichholz. Die deutsche Zündholzindustrie profitierte davon und erlebte wieder eine Hochkonjunktur, die allerdings nur von kürzester Dauer war. Die Einführung des Monopols verzögerte sich infolge der Auflösung des Parlaments. Es kam zunächst zu einem Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in Oesterreich, das in Ungarn erst am 1. Juli 1912 wirksam wird. Noch ist man sich nicht einig darüber, ob man für die Durchführung des Monopols die Form des staatlichen Eigenbetriebes wählen oder ob man für eine längere Uebergangsperiode die ganze Fabrikation einer noch zu errichtenden Betriebsgesellschaft übertragen soll. Da es der Staatsverwaltung vorläufig an geschulten technischen und kaufmännischen Kräften für die Durchführung der Fabrikation in Staatsbetrieben fehlt, hat das zweite Projekt die meiste Aussicht auf Annahme. Da nun aber die Einführung des Monopols wieder auf die lange Bank geschoben ist, läßt der Bedarf Oesterreich-Ungarns gewaltig nach. Die aufgestapelten großen Vorräte müssen erst verbraucht sein, ehe wieder normale Verhältnisse eintreten. Außerdem kommt noch der Umstand hinzu, daß die einzelnen Fabriken in Oesterreich-Ungarn ihre Produktion zu steigern suchen, um bei Einführung des Monopols möglichst hohe Entschädigungen und bei Errichtung der Betriebsgesellschaft eine recht große Beteiligungsquote zu erreichen. Infolgedessen ist die Ausfuhr von Erzeugnissen der deutschen Zündholzindustrie nach Oesterreich-Ungarn wieder stark zurückgegangen. Sie betrug während des ganzen Jahres 1910 14 177 Doppelzentner gegen 4894 Doppelzentner im Jahre 1909. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres, verglichen mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres, betrug der Export deutscher Zündhölzer nach Oesterreich-Ungarn in Doppelzentnern:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1910	5737	4485	2464	1699	288	154
1911	373	23	31	18	15	30

Demnach bezog Oesterreich-Ungarn aus Deutschland im ersten Halbjahr 1911 490 Doppelzentner Zündhölzer gegen 13 829 Doppelzentner in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für diesen starken Ausfall hat sich anderwärts kein Aequivalent geboten. Wie sehr die Entwicklung der Ausfuhr von deutschen Zündhölzern von dem österreichischen Geschäft abhängig ist, zeigt folgende Zusammenstellung der in den ersten sechs Monaten 1907 bis 1911 überhaupt ausgeführten Mengen in Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910	1911
Ausfuhr	6687	4317	3877	18 250	4594
Differenz		— 2370	— 440	+ 14 373	— 13 656

Die diesjährige Ausfuhr bleibt demnach um 13 656 Doppelzentner hinter der vorjährigen und um 2093 Doppelzentner hinter der des Jahres 1907 zurück. Von der Ausfuhr in den Monaten Januar bis Juni 1911 gingen 490 Doppelzentner nach Oesterreich-Ungarn, ebensoviel nach Guatemala und 213 Doppelzentner nach der Schweiz. Die Ausfuhr nach der Schweiz war um 656 Doppelzentner niedriger als im Vorjahre.

× **Unfallliste.**

Griesheim a. Main. Es ist noch nicht lange her, als wir über mangelhafte Schutzvorrichtungen und über das Akkordantreibersystem im Kalkw. Kiesbreche berichteten. Wir gaben in diesem Bericht der Befürchtung Ausdruck, daß jedenfalls noch mehr Unfälle folgenschwerer Art passieren müssen, ehe Abhilfe geschaffen wird. Heute müssen wir leider wieder von einem Unfall berichten, der die Folge der Antreiberei ist. Beim Plattenlegen ist einem Arbeiter eine zwei Zentner schwere Platte auf den Fuß gefallen und hat denselben erheblich gequetscht, so daß der Arbeiter ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und längere Zeit arbeitsunfähig sein wird. Wie wäre es, wenn die Fabrikinspektion sich diesen Kalkw. einmal vornehmen würde?

Zement- und Ziegel-Industrie

Achtung! Ziegleragitation!

Die Ziegelkampagne hat ihren Höhepunkt nun überschritten und neigt sich teilweise schon ihrem Ende zu. Die Agitation hat uns in den verflossenen Monaten einen nicht unbedeutenden Schritt vorwärts gebracht. Um nun das unter den Ziegeleiarbeitern wachgerufene Interesse auch wach zu erhalten, ist es notwendig, daß vor Torschluß alle Ziegeleien, in denen seither ein Erfolg beobachtet wurde, nochmals agitatorisch bearbeitet werden. Wo dies nicht geschieht, wollen sich die Zieglerkollegen an die Zahlstellenleitung wenden.

Ferner werden die Zahlstellenleitungen ersucht, die Adressen der neugewonnenen Zieglerkollegen, soweit sie im Winter in Lippe, in der Grafschaft Schaumburg und im Eichsfelde wohnen, an die Agitationsleitung einzusenden.

Die Agitationsleitung.

Aus dem Bericht der Ziegelei-Berufsgenossenschaft von 1910.

III.

Das Jahr 1910 brachte den Ziegeleiarbeitern außer der Steigerung des Jahresverdienstes auch eine Ermäßigung der Blutsteuer, die sie alljährlich zu entrichten haben. Die Zahl der ermittelten Unfälle hat sich nämlich von 6677 auf 6580, also um 97, vermindert. In gleicher Weise sind auch die Zahl der Schwerverletzten von 1704 auf 1682 und die Zahl der Getöteten von 168 auf 127 gesunken. Dieses Ergebnis dürfte wohl die Zusammenwirkung der verschiedenen Faktoren — Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Akkordlohnes und wachsendes Sicherheitsgefühl der Arbeiter zur Erhaltung ihrer Gesundheit — gezeitigt haben. Von den Verunglückten waren 1239 im jugendlichen Alter von 14 bis 20 Jahren und 271 im Alter von über 60 Jahren. 1530 Arbeiter mußten mitten in einem Alter, in dem die Angehörigen der besitzenden Klasse immerhin noch die Schulbank drücken, oder schon in den Kinderschuhen gesteckt sind, ihre Gesundheit und Glieder opfern.

Von den 1682 schweren, das heißt entschädigten Unfällen, ereigneten sich die eingekommenen Zahlen geben die tödlich verlaufenen Unfälle an:

An Motoren	16 (—)
„ Transmissionen	35 (6)
„ Arbeitsmaschinen	241 (13)
„ Fahrstühlen und Aufzügen	115 (11)
„ Dampfkesseln	4 (—)
durch Sprengstoffe	3 (—)
„ feuergefährliche, heiße oder ätzende Stoffe	25 (4)
„ Zusammenbruch, Einsturz von Lehmwänden, Gerüsten Stapeln usw.	229 (29)
„ Fall von Leitern, Treppen usw.	145 (11)
beim Auf- und Abladen	166 (5)
durch Fuhrwerk	181 (15)
„ die Gleisbahnen	325 (17)
beim Verkehr zu Wasser	5 (3)
durch Tiere	36 (3)
„ Handwerkszeug, Geräte, abspringende Splitter, Naturereignisse usw.	106 (10)

Die Ursachen der Unfälle bildeten in:

109	Fällen	mangelhafte Betriebseinrichtungen und Fehlen von Schutzvorrichtungen;
173	„	Handeln wider bestehende Vorschriften oder erhaltene Anweisungen;
6	„	Leichtsinn, Balgerei, Trunkenheit;
269	„	Ungeschicklichkeit, Unachtsamkeit;
40	„	Fehlen von Schutzvorrichtungen und Unachtsamkeit der Arbeiter zugleich;
50	„	Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen;
969	„	sonstige angegebene, insbesondere in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen;
10	„	nicht zu ermittelnde Ursachen und Zufälligkeiten;
6	„	höhere Gewalt.

Etwa ein Drittel der Unfälle wird nach dieser Zusammenstellung direkt den Arbeitern zur Last gelegt. Wie derartige Unschuldigungen zustande kommen, zeigt folgender Fall, der sich vor einiger Zeit in Schaumburg-Lippe ereignete. Ein Ziegeleibesitzer hatte beim Lehmgraben angeordnet, die Wände auf einen halben Meter zu unterminieren und zu stürzen, was denn auch regelmäßig geschah. Die Arbeiter durften dabei noch nicht einmal nachsehen, ob sich der Einsturz durch Risse anzeigte, das nahm dem Ziegeleibesitzer zu viel Zeit in Anspruch; die Arbeiter sollten erst zurückspringen, wenn die Wand stürzte. Eines Tages stürzte die Wand ein, bevor ein Arbeiter ans Zurückspringen dachte und begrub den Arbeiter unter sich. Der Besitzer gab nun an, er habe das Unterhöhlen stets verboten und wußte auch für diese Behauptung zwei Arbeiter als Zeugen beizubringen. Für das Gericht war damit der Fall klargelegt, der Arbeiter hatte den Unfall selbst verschuldet und die Witwe wurde mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Erst nachdem die Witwe ein halbes Dutzend Zeugen aufmarschieren ließ, die bekundeten, daß der verunglückte Arbeiter nach der Anweisung des Ziegeleibesitzers gehandelt hatte, kam die Witwe zu ihrem Recht und der Ziegeleibesitzer zu vier Wochen Gefängnis, die dann aber in eine Geldstrafe umgewandelt wurden.

So mancher Fall, der hier unter Leichtsinn, Unachtsamkeit usw. der Arbeiter gebucht wird, dürfte wohl ähnlich gelagert sein. Sagt doch der Bericht selbst: „Die polizeilichen Untersuchungsverhandlungen entbehren noch oft der erwünschten Klarheit in der Schilderung der Ursachen und des Hergangs der Unfälle, was unter anderm auch zu Verzögerungen in der Rentenfestsetzung führt." Ohne Zweifel wird diese Verworrenheit von den Unternehmern absichtlich herbeigeführt, um ihre eigene Schuld zu verdecken und die Verunglückten um ihre Ansprüche zu prellen. Für Unfallentschädigung wurden insgesamt 2 362 202,24 Mk. verausgabt. Dazu kommen noch 552 897,43 Mk. Verwaltungskosten, so daß die Ausgabe der Berufsgenossenschaft für jede in der Ziegelindustrie beschäftigte und versicherte Person 10,86 Mk. betrug. Diese Summe auf die in der Ziegelindustrie üblichen 200 Arbeitstage verteilt, ergibt für die Ziegeleibesitzer die soziale „Last" von 5,4 Pfennig pro Tag und Arbeiter.

An 10 695 Personen wurde eine Unfallrente von 1 648 365,35 Mk. gezahlt. Die durchschnittliche Rente betrug mithin pro Person 154,12 Mk., oder pro Tag 42 Pf. An Witwenrente wurden für 1468 Witwen 227 323,71 Mk. und an Kinderrente für 1886 Kinder 260 279,78 Mk. gezahlt. Danach betrug die Durchschnittsrente für die Witwen pro Jahr 154,85 Mk. — das sind pro Tag 42 Pf. —, für die Kinder 139,48 Mk. — oder pro Tag 38 Pf. Hat nun eine Witwe vier unerwachsene Kinder, so kann sie unter Umständen pro Tag 1,94 Mk. an Rente erhalten.

Sterbegeld wurde in 146 Fällen gewährt; es betrug durchschnittlich pro Fall 61,25 Mk.

Werden die gemeldeten Unfälle nach Wochentagen geordnet, so ist der Montag mit 1130 Unfällen der höchstbelastete Tag. Es folgt dann der Dienstag mit 1093, der Mittwoch und Freitag mit je 1049, der Sonnabend mit 1030, der Donnerstag mit 1015 und der Sonntag mit 102 Unfällen. Die fast regelmäßig wiederkehrende Tatsache, daß sich des Montags die meisten Unfälle ereignen, liefert den Ziegeleibesitzern ein billiges Beweismittel, die Arbeiter als Trunkenbolde zu verdächtigen, die des Montags in ihrem Alkoholdusel den Unfallgefahren leichter unterliegen. Diese Erklärung hat mit Sachlichkeit nichts gemein, sie erscheint den Ziegeleibesitzern aber sehr zweckmäßig. Die erhöhte Unfallziffer des Montags ist im allgemeinen nur auf den Arbeiterwechsel, der am Montag erfolgt, zurückzuführen. Der Arbeiter kommt des Montags in den neuen Betrieb. Er kennt weder die Betriebseinrichtungen, noch die Arbeitsmethode, und bevor er sich orientiert hat, geht die Würgerei in vollem Umfange los. Er will sich aber nicht schon am ersten Tage von seinen Antreibern anschnauzen lassen, und so tappt er denn blindlings jeder Gefahr entgegen. Die Ziegeleibesitzer wissen das auch wohl, aber sie wollen es nicht wissen, denn sie würden sich sonst selbst belasten.

Von den Schwerverletzten waren 69 unter 15 Jahre alt, darunter fünf Mädchen; 205, darunter 15 Mädchen, standen im Alter von 15 bis 20 Jahren; 1252, darunter 48 Frauen, im Alter von 20 bis 60 Jahren und 106, darunter drei Frauen, im Alter von über 60 Jahren. Was bei diesen Ziffern am meisten ins Auge springt, ist die Tatsache, daß sich unter den Schwerverletzten 71 weibliche Personen vom Kindesalter bis zum Greisenalter befinden. Es ist das eine treffende Illustration der Worte, die der preußische König vor einigen Monaten, anläßlich der Gedenkfeier an seine Urgroßmutter, die Königin Luise, den deutschen Frauen zurief: „Die Hauptaufgabe der deutschen Frauen ist nicht, es den Männern gleichzutun, sondern sich der stillen Arbeit im Hause und in der Familie zu widmen", hieß es da. Sehr schöne Worte. Die Arbeiterfrauen würden sich ohne Zweifel dieser Aufgabe gern unterziehen. Sie würden gern darauf verzichten, es den Männern in den Ziegeleien „gleichzutun" und für ein paar lumpige Groschen ihre Gesundheit und Glieder zu opfern. Sie würden sich gern dem Familienleben, der Kinderpflege und -Erziehung widmen, wenn ihre Männer auch nur den zehnten Teil von den 47 176 Mk., die der preußische König täglich als Gehalt erhält, als Jahresverdienst für ihre schwere Arbeit erhielten. Die Ziegeleiarbeiter erhalten aber für ihre Strapazen bei Hitze und Kälte, bei Staub und Schmutz das ganze Jahr über durchschnittlich nur 720 Mk., also nur den 65. Teil dessen, was der preußische König täglich erhält, und damit läßt sich eben eine Familie nicht ernähren. Und so müssen denn die Arbeiterfrauen es ihren Männern „gleichtun" und ebenso wie diese ins Unternehmerjoch kriechen, ihre Gesundheit und Knochen in die Schanzen schlagen, nur, um das nackte Leben zu fristen.

= **„Hoch der Zwölfstundentag!"**

Nachdem nun auch in der Ziegelindustrie die Krise vollständig überwunden ist, erscheint auch das christkatholische Keramarbeiterverbändchen auf der Bildfläche, um nach jenen zu angeln, die auch unter den Ziegeleiarbeitern nicht alle werden. Als Köder wirft man ihnen den Elfstundentag vor, den das Verbändchen im Jahre 1912 allerwärts einzuführen gedenkt. Das heißt, wenn die Ziegeleibesitzer so gnädig sind, und die Bitte der „Christen" erfüllen. Denn nur um eine Bitte kann es sich handeln, zum Fordern fehlt ihnen nicht mehr wie alles. Das Häuflein christkatholisch organisierter Ziegeleiarbeiter ist doch gar zu winzig und der katholische Verbandsstrumpf, in dem sie ihre Groschen aufbewahren, ist noch derartig leer, daß sie einen Kampf nicht wagen können. Wenn sich also die Ziegeleibesitzer nicht von dem inständigen Flehen der „Christen" erweichen lassen, so wird der Elfstundentag so lange ein frommer Wunsch bleiben, bis die Ziegeleiarbeiter den Weg zu unserm Verband gefunden haben. Dann werden sie sich nicht nur den Elfstundentag, sondern auch den Zehnstundentag erringen können.

Es gibt aber auch unter den Ziegeleiarbeitern noch Elemente, die jeder Verkürzung der Arbeitszeit abhold sind. Man sollte das eigentlich nicht für möglich halten; denn wenn ein Arbeiter täglich 10 Stunden Ziegeleistrapazen hinter sich hat, so hat er sicher schon mehr geleistet, als seiner Gesundheit dienlich ist, und jede weitere Stunde Arbeit ist langsamer Selbstmord. Daß es aber solche Käuze gibt, zeigt ein „Eingesandt" im „Gut Brand", dem Publikationsblättchen des Gewerkvereins der lippischen Ziegler und Ziegelmeister. Das Eingesandt ist mit R. unterzeichnet, und hat folgenden Wortlaut:

„Aus dem Elbgebiet!

Ein Wort zur Lohnbewegung. Wenn von andrer Seite, wie vom Keramarbeiterverbande, für den Elfstundentag eingetreten wird, so ist das, vom sachlichen Standpunkt beurteilt, wohl noch etwas zu früh, denn so rosig, wie die Geschäftslage geschildert wird, ist sie in Wirklichkeit doch nicht. **Wenn ich nicht irre, ist es mit dem Zwölfstundentag gar nicht so schlecht gestellt, und wir werden ihn vorläufig erst wohl beibehalten müssen, bis eine bessere Konjunktur eintritt.** Sehen wir uns mal z. B. die Bauhandwerker an. Diese müssen noch eher auf Schustersrappen steigen, als wir. Hauptsache ist es, daß die Löhne erhöht werden. Da sich der Meister kein Geld aus der Haut schneiden kann, so ist es selbstverständlich, daß die Akkordsätze erhöht werden müssen. Es ist deshalb zur größten Einigkeit zu raten, sowohl unter den Arbeitern als auch unter den Meistern.

Besonders ist noch zu empfehlen, daß die Vereine Hand in Hand arbeiten, und sich nicht gegenseitig bekämpfen, wie es bereits den Anschein hatte. Wenn der Gewerkverein und der Meisterverband mit dem Keramarbeiterverbande gemeinsam vorgehen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben; ausgenommen Berg mit jenem kleinen Häuflein, welches nicht in Betracht kommt. In den uns verwandten Berufen ist voriges Jahr der Lohn erhöht worden, und ich hoffe auch, daß unsre berechtigten Wünsche in Erfüllung gehen. **Wenn das erst mal wieder erlangt ist, was in diesen schlechten Jahren abgebröckelt ist, so können wir zufrieden sein. 12 Stunden Arbeit kann man wohl aushalten;** es ist doch nur Sommerbetrieb, der bei uns in Frage kommt, und **im Winter können wir wieder ausruhen.** Augenblicklich ist es flau in Hamburg, da der Absatz stockt hier an der Unterelbe. Wir wollen aber den Mut nicht sinken lassen. Der Geschäftsgang mag sich zum Nachsommer besonders heben, und wir haben dann die beste Aussicht, daß unsre Forderungen bewilligt werden. R."

Das Geschreibsel des guten R ....., der natürlich strammes Mitglied des Gewerkvereins ist, alljährlich 3,60 Mk. Beitrag zahlt, und dafür alljährlich einmal im „Zieglerparlament" zu Detmold Hurra schreien darf, atmet so ganz die Sehnsucht nach der guten alten Zeit, wo die Ziegeleiarbeiter noch 16 bis 18 Stunden täglich schuften durften. Dem Manne kann geholfen werden. Er mag sich mit seinem Meister in Verbindung setzen, der hat sicher nichts dagegen, wenn er täglich von morgens 3 Uhr bis abends 10 Uhr arbeitet; der Meister wird sogar bereit sein, ihm des Abends, wenn der Mondschein nicht ausreicht, eine Laterne zur Verfügung zu stellen und des Sonntags als Prämie eine Tracht Prügel zu verabfolgen. Das wird dem guten R ..... dann wohl genügen.

Nun hat aber der Gewerkverein dieses Geschreibsel ohne Kommentar veröffentlicht, und damit den Inhalt zu seiner eigenen Meinung erhoben. Mithin ist der Gewerkverein der Ansicht, daß die Ziegeleiarbeiter mit der heutigen langen Arbeitszeit wohl zufrieden sein können, daß eine Verkürzung schon mit Rücksicht auf die Konjunktur nicht möglich ist. Solche Purzelbäume bringen natürlich nur die Gewerkvereinler fertig. Denn wenn die Konjunktur so wenig günstig wäre, so wäre das doch die erste Ursache, die Arbeitszeit zu verkürzen. Stockt der Absatz an der Unterelbe, so werden die Ziegeleibesitzer sicher nicht mehr Steine produzieren lassen, als sie abzusetzen für möglich halten. Dieses Quantum wird natürlich bei einer Arbeitszeit von 12 Stunden viel früher hergestellt sein, als bei einer solchen von 10 Stunden. Sobald das betreffende Quantum Steine fertiggestellt ist, wird Schluß gemacht mit der Kampagne. Der Besitzer und auch der Meister kommen auf ihre Rechnung, der Arbeiter aber, der im Wochenlohn steht, hat den Schaden; er geht einige Wochen früher nach Hause, ist einige Wochen früher arbeitslos, oder hat doch mit geringerem Verdienst zu rechnen.

In welcher Weise die Kampagne durch die lange Arbeitszeit verkürzt wird, ergibt folgendes Rechenexempel. An der Unterelbe werden rund 7000 Ziegeleiarbeiter beschäftigt, und zwar täglich 12 Stunden. Die Kampagne beginnt angenommen Anfang April und endet am 1. Oktober, so daß mit rund 150 Arbeitstagen zu rechnen ist. Jeder einzelne Arbeiter hat mithin während der Kampagne 150 × 12 = 1800 Stunden zu arbeiten, um den Ziegeleibesitzern das erforderliche Quantum Ziegelsteine zu liefern. Bei der Einführung des Zehnstundentages würden zur Lieferung desselben Quantums unter denselben Verhältnissen aber nicht 150, sondern 180 Tage nötig sein. Die Kampagne müßte mithin um 30 Tage verlängert werden. Den Arbeitstag durchschnittlich zu 4 Mk. Arbeitslohn gerechnet, würde der Arbeiter also 120 Mk. mehr in der Kampagne verdienen, die ihm aber heute bei der 12stündigen Arbeitszeit entgehen.

Welche enormen Summen dadurch den Ziegeleiarbeitern der Unterelbe verloren gehen und von den Ziegeleibesitzern selbst eingesteckt werden, läßt sich nun leicht berechnen. Und doch wollen sich die Gewerkvereinler, die an 12stündiger Arbeitszeit festhalten, beleidigt fühlen, wenn sie als Unternehmerschutztruppe bezeichnet werden.

Der Gewerkverein beabsichtigt im Jahre 1912 eine allgemeine Lohnbewegung, das heißt, er plant den Versand von Bettelbriefen an einige hundert Ziegeleibesitzer. Ob die Ziegeleibesitzer Notiz davon nehmen, bleibt abzuwarten; wenn sie es tun, dann durchaus nicht aus Angst vor dem Gewerkverein, sondern nur, um die Zersplitterung der Ziegeleiarbeiter zu fördern. Jedenfalls ist der Gewerkverein, wie immer, so auch diesmal auf die Gnade der Ziegeleibesitzer angewiesen, denn einen Kampf kann er mit seinen 12 447 Mk. Kassenbestand nicht riskieren. Wenn der Versand der Bittschrift irgendeinen Erfolg haben sollte, so ist es nur der Sold für die Unternehmerschutztruppe, die Silberlinge für den Arbeiterverrat, den der Gewerkverein durch seine Zersplitterung und Verdummung unter den Zieglern betreibt. Hoch wird dieser Judaslohn allerdings nicht sein, die armen Tröpfe sind ja auch schon zufrieden, wenn sie das wiedererhalten, „was in den schlechten Jahren abgebröckelt ist", wenn also die in den Krisenjahren erfolgten Lohnabzüge ausgeglichen werden. Nach Fortschritt, nach Besserung, haben sie kein Bedürfnis. Und solche einfältige Wichte versuchen alberne Späße zu machen über das „kleine Häuflein" der freiorganisierten Ziegeleiarbeiter. Dieses „kleine Häuflein" hat aber schon 1910 in 91 Betrieben für rund 5000 Ziegeleiarbeiter Lohnerhöhungen durchgesetzt, und im Jahre 1911 dürften sich diese Ziffern mindestens verdoppeln. Vielleicht versucht R ..... einmal, die Erfolge des Gewerkvereins während derselben Zeit festzustellen; aber selbst mit einer Laterne ausgerüstet, dürfte er nichts finden. Christlich-nationale Maulhelden!